

Energieversorgung und Infrastruktur, Erneuerbare Energien

Energieleitplan

Die Energieleitplanung ist ein informelles Planungswerk, um komplexere Fragestellungen zum Thema Energieversorgung bei städtebaulichen Entwicklungen zu beantworten und wichtige Grundlagen für effiziente Energieversorgungsstrukturen zu schaffen. Grundlage für das GIS-basierte Instrument bilden u.a. Informationen zur Netzinfrastruktur, zum lokalen Erzeugungspotenzial erneuerbarer Energien oder zu Energiespeichern im Betrachtungsgebiet. Der Energieleitplan bietet eine schnelle Orientierung, beispielsweise welche Energieträger bei Neuplanungen in Frage kommen, aber auch strategische Hilfestellung, beispielsweise durch Ausweisung von Arealen, die ausreichend Potenzial für den Anschluss an ein mögliches Nahwärmenetz haben.

Ziele

- Energieleitplan als Planungsgrundlage und Arbeitsmittel für mehrere Dienststellen
- Erfüllung der absehbaren gesetzlichen Pflichtaufgabe zur kommunalen Wärmeplanung

Zielgruppe

Städtische Dienststellen und Gesellschaften, in Teilen auch Bürgerinnen und Bürger

Power to X,
Pilotanlagen in
KA aufbauen.

Realisierung fernwärmebasierter Kältelösungen

Die Nutzung von sommerlicher Überschuss-Abwärme im Fernwärmenetz zu Kühlzwecken trägt zu einer Energieeinsparung und CO₂-Minderung bei, wenn dadurch bestehende klassische strombetriebene Kälteanlagen ersetzt bzw. reduziert werden können. Mit der im Neubauprojekt Gartencarré/SYNUS erfolgreich getesteten Absorptionskältetechnik mit trockener Rückkühlung steht hierfür auch ein innovatives System zur Verfügung, das weiter verbreitet werden soll. Auch die Umsetzung von gewerblichen Nahkältenetzen wird geprüft.

Ziele

- Weitere gewerbliche Liegenschaften mit Kühlungsbedarf mit dieser Technik ausstatten, um kompressionskältebasierte Kühlung zu ersetzen
- Potenzial von rund 30 Megawatt Kälteleistung im Sommer

Zielgruppe

Größere Klimakältenutzer, zum Beispiel klimatisierte Bürogebäude, gewerbliche und industrielle Kühlung

Plan für eine Transformation (Defossilisierung) Wärmeversorgung

Perspektivisch bis zum Jahr 2050 eine nahezu CO₂-neutrale Wärmeversorgung erreichen, sind die Transformation der Wärmeversorgungsstruktur und die Integration erneuerbarer Energieträger unabdingbar. Aufgrund langer Reinvestitionszyklen der leistungsbegrenzenden Infrastruktur sind rechtzeitig entsprechende Entscheidungen zu treffen. Gemeinsam mit lokalen (Fach-)Akteuren soll ein kommunaler Fahrplan (Roadmap) für die zukünftige Nutzung und Transformation der Gas- und Wärmenetze erarbeitet werden, indem notwendige Rahmenbedingungen und konkrete Umsetzungsschritte festgehalten sind.

Ziele

- Fahrplan zur klimaneutralen leistungsbegrenzenden Wärmeversorgung
- höhere Effizienz von Wärmenetzen

Zielgruppe

Stadtwerke Karlsruhe, auch weitere Energieversorger, Fachakteure, Gebäudeeigentümer sowie die Karlsruher Bevölkerung

Fernwärme
Anschluss:
- garantiert günstiger
als Gas

Erneuerbare Energien
- Photovoltaik
- Windenergie

Keine Hemmnisse
für
Balkon-Pr-Anlagen!

Großwärmepumpe zur Optimierung des Fernwärmenetzes

Um das bestehende Abwärmepotenzial der Raffinerie noch besser für das Fernwärmenetz zu nutzen, ist die zusätzliche Installation einer Großwärmepumpe vorgesehen. Dadurch kann aus dem Rücklauf entnommene und weiter ausgekühlte Wärme auf das nötige Temperaturniveau des Fernwärme-Vorlaufs angehoben werden. Die Großwärmepumpe wird vorrangig dann eingesetzt, wenn ein „Stromüberangebot“ im Netz vorhanden ist, also wenn regenerativer Strom im großen Umfang zur Verfügung steht. Das Projekt stellt den Einstieg in eine „power-to-heat“-Nutzung als generell wichtiges Zukunftsthema dar.

Ziel

- Realisierung einer Großwärmepumpe zur weiteren Verbesserung des Primärenergiefaktors der Fernwärme

Zielgruppe

Fernwärmekunden

Nachhaltigkeitsorientierte Produktgestaltung der Stadtwerke

Ein vergleichsweise einfacher Weg, die CO₂-Bilanz im eigenen Haushalt oder Betrieb zu verbessern, ist die Nutzung von Ökostrom oder ebenfalls verbreiteten Ökogas-Angeboten. Die Stadtwerke Karlsruhe bieten in beiden Sparten entsprechende Alternativen an, aktuell sind aber erst rund 8,5% aller Tarif-Stromkunden und etwa 3% der Tarif-Gaskunden in diesen Produktlinien gebunden. Ziel der Stadtwerke ist es deshalb, im Bestandskundenbereich den Anteil in den nächsten fünf bis zehn Jahren deutlich auf mindestens 50 % auszubauen.

Ziele

- Ökostrom: Steigerung von heute knapp 10.000 auf rund 60.000 Kunden, das entspricht einem Zuwachs von 125 GWh/a Ökostrom mit ok power-Siegel
- Öko-Gas: Steigerung auf 20.000 Kunden, davon 12.000 NaturGas-Kunden (138 GWh) und 8.000 NaturGas plus-Kunden (92 GWh Absatz und damit 9,2 GWh Biogasanteil)

Zielgruppe

Kundinnen und Kunden der Stadtwerke (Fokus Tarifkunden)

Klimaneutrale
Gasversorgung

Rückbau Gasnetz
Ausbau Fernwärme
(klare Priorisierung)

Nutzung der Tiefengeothermie

Neben dem Photovoltaik-Ausbau bietet die Tiefengeothermie perspektivisch das größte Ausbaupotenzial im Bereich der Erneuerbaren Energien in Karlsruhe und stellt eine wichtige Zukunftsoption für den Betrieb des Fernwärmenetzes dar. Konkretere Planungen eines externen Investors bestehen derzeit für ein erstes Kraftwerk im Bereich Neureut, das auf rund 7 MW elektrische Leistung ausgelegt werden soll. Die Realisierung einer solchen Pilotanlage hätte wichtigen Signalcharakter für Karlsruhe.

Ziel

- Realisierung eines geothermischen Kraftwerks auf Karlsruher Gemarkung als Pilotanlage

Zielgruppe

Unter anderem Stadtwerke Karlsruhe und ggf. ausgewählte Großunternehmen als potenzielle Wärmeabnehmer

Geothermiepotential
am Standort
RDK prüfen;
Infrastuktur vorhanden

Weiterer Ausbau und Verdichtung des Fernwärmenetzes

Die Fernwärmeversorgung ist aufgrund ihres hohen Anteils an industrieller Abwärme und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) besonders CO₂-arm. Der weitere Ausbau des Fernwärmenetzes ist deshalb aus Klimaschutzsicht auch zukünftig einer der wesentlichen kommunalen Handlungsfelder im Energiebereich. Durch die Umstellung bestehender fossiler Wärmeversorgungen von Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden mit hohem Wärmebedarf auf Fernwärme werden CO₂-Minderungspotenziale besonders effizient gehoben.

Ziele

- Anschluss von weiteren 5.000 Wohnungen bis 2025 (von derzeit 40.000 auf 45.000) und zusätzlich weiteren 5.000 Wohnungen bis 2030 (von dann 45.000 auf 50.000) sowie an der Trasse liegender Nichtwohngebäude.
- Anteil der Fernwärme am Wärmemarkt bis 2030 rund 27 Prozent.

Zielgruppe

Wohnungswirtschaft, Gewerbe, Handel, Dienstleistung

Defossilisierung
Fernwärme bedeutet
RDK abschalten +
MiRO-Wärme ersetzen

Kohlekraftwerk
abschalten

keine Fernwärme
aus Müllverbrennung,
Plastik etc.



Energieversorgung und Infrastruktur, Erneuerbare Energien

Nahwärmesysteme und dezentrale Wärmespeicher

Netzbezogene Wärmeversorgungslösungen sind ein zentraler Ansatzpunkt auf dem Weg zur Klimaneutralität von Quartieren. In allen Bereichen, die auch zukünftig nicht mit Fernwärme erschlossen werden können, ist der Aufbau von Nahwärmenetzen eine Option, die systematisch geprüft werden muss. Ziel ist es, die Anzahl der Nahwärmenetze in den nächsten Jahren sowohl im Neubaubereich als auch in Bestandsquartieren deutlich zu steigern. Pilotcharakter hat dabei die aktuelle Machbarkeitsstudie für ein Nahwärmenetz in Wettersbach. Sollte es gelingen, dieses Nahwärmenetz zu etablieren, kann es als „Blaupause“ für weitere Projekte dienen.

Ziel

- Realisierung des Pilotnahwärmenetzes Wettersbach und weiterer Folgeprojekte

Zielgruppe

Bauträger sowie Gebäudebesitzerinnen und -besitzer in Nahwärmepotenzialgebieten

Steigerung der Versorgung mit privater Wärmepumpe

Für alle nicht leitungsgebundenen Bereiche, die auch zukünftig außerhalb der Fernwärme- und Gasnetze liegen und in denen es absehbar kein Potenzial für ein Nahwärmenetz gibt, ist die Versorgung mit privater Wärmepumpe in Bezug auf die CO₂-Emissionen die beste Lösung und muss aus städtischer Sicht erheblich gesteigert werden. Im Idealfall erfolgt eine Kombination mit einer Photovoltaik- oder - noch besser - modernen PVT-Anlage (Kombimodule aus PV und Solarthermie), um die erforderliche Antriebsenergie der Wärmepumpe möglichst weitgehend ökologisch und vor Ort erzeugen zu können.

Ziel

- Deutliche Ausweitung der Wärmepumpennutzung in Neubaubereichen und in Bestandsquartieren, sofern keine leitungsgebundene Wärmeversorgung möglich ist (im Neubaubereich möglichst bei allen betreffenden Gebäuden).

Zielgruppe

Hausbesitzer und Bauherren (sowohl Ein-/Zweifamilienhäuser als auch Mehrfamilienhäuser), Gewerbebetriebe

Konsequente Ausnutzung bestehender Biomasse-Potenziale

Dieses Maßnahmenblatt befindet sich noch in Ausarbeitung und liegt leider noch nicht vor!

Wärmenutzung aus Abwasser

Die Abwasserwärmenutzung ist eine langfristig sichere und erneuerbare Energiequelle. Mittels Wärmepumpentechnologie lässt sich die Wärme zum Heizen oder Kühlen größerer Gebäude und Wohnsiedlungen in der Umgebung von Sammelkanälen oder einer Kläranlage nutzen. Das vorhandene Potenzial soll zukünftig an geeigneten Standorten besser ausgenutzt und Pilotprojekte initiiert werden.

Ziel

- Realisierung mindestens eines Pilotprojekts innerhalb von zwei Jahren und weitere Anschlussprojekte

Zielgruppe

Eigentümer größerer Liegenschaften

Abwärme aus der Industrie

Industrielle Abwärme wird in Karlsruhe bereits in großem Maßstab durch die Abwärmeauskopplung aus der MIRO zur Wärmeversorgung über das Fernwärmenetz genutzt. Es bestehen jedoch zusätzliche Abwärmepotenziale bei größeren Unternehmen. Im Rahmen einer stadtweiten Potenzialanalyse wurde für identifizierte Abwärme-Hotspots ein jährliches Abwärmepotenzial von 13 Gigawattstunden ermittelt.

Ziel

- Ziel ist es, ein knappes Drittel dieses Potenzial bis 2025 zu heben.

Zielgruppe

Unternehmen mit Abwärmepotenzial, Energiedienstleister, Contractoren

Datenbasis Abwärmepotenzial

Konkretisieren:

- Welche Branchen?
- Welche konkreten Maßnahmen?
- Heranführungen + Chancen?

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

Die Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik zeichnet sich durch eine hohe Effizienz aus. Sie spart im Vergleich zur Energieerzeugung in herkömmlichen Heizkesseln bis zu 40 Prozent Energie und ist deshalb sowohl für den gewerblichen Bereich als auch die Wohnungswirtschaft vor allem dann eine interessante Option, wenn kein Fernwärmeanschluss möglich ist und in einem Objekt gleichzeitig ein hoher Wärme- und Strombedarf vorhanden ist. Ziel ist es deshalb weiterhin, den Anteil von BHKWs im Stadtgebiet mit Hilfe der Stadtwerke Karlsruhe deutlich zu erhöhen.

Ziel

- Mit den bestehenden Ressourcen können die Stadtwerke pro Jahr bis zu 20 neue BHKW-Anlagen realisieren.

Zielgruppe

Gewerbebetriebe und Wohnungswirtschaft

Smart Grid

Demand Side Management

Netz ausbau 20kV für Power Lade Stationen

Intelligente Ladeinfrastruktur wie in Filderstadt, EnBW

Energie (Strom-) - Quantifizierung → Community-Strom / -Investition



Energieversorgung und Infrastruktur, Erneuerbare Energien

Photovoltaik-Beratungsoffensive

Der Ausbau der Photovoltaik auf Dächern besitzt ein enormes Potenzial und muss konsequenter genutzt werden. Dies kann nur gelingen, wenn betreffende Gebäudebesitzerinnen und Gebäudebesitzer von den unbestreitbaren Vorteilen der Photovoltaik überzeugt und zum Handeln motiviert werden können. Deshalb wird eine auf eine längere Dauer ausgerichtete Solaroffensive gestartet und ein breites Akteursnetzwerk zur Umsetzung gebildet. Kernelement ist die Einrichtung eines „PV-Beratungszentrum“, das in das neu einzurichtende „Beratungszentrum Klimaschutz“ in Regie der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur (KEK) integriert wird.

Ziel

- Deutliche Erhöhung des Photovoltaik-Zubaus auf Dächern im Verbund mit weiteren Photovoltaik-bezogenen Maßnahmen. Mindestziel ist eine Verdreifachung der Photovoltaik-Erzeugung auf Dächern auf 81 Gigawattstunden pro Jahr bis 2030.

Zielgruppe

Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer

Förderung Mini-MV-Anlage (Balkon)
↳ h. da Niedrigspannung, schon sehr verbreitet, hieron keine Wils. kann

bei Ausbau des PV-Anbaus an der Stromversorgung braucht es mehr Speicher für die Schwankungen

Ausrollung von Mieterstromprojekten mit der Wohnungswirtschaft

Die Stadtwerke entwickeln für die Wohnungswirtschaft ein angepasstes „Photovoltaik-Anlagen-Produkt“. Dieses beinhaltet die Planung und Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf deren Dächern und die Vermarktung des Stroms an die Mieterinnen und Mieter. Als Pilotprojekt wird die KES, die Karlsruher Energieservice GmbH, alle Liegenschaften der Volkswohnung auf ihre Eignung für PV prüfen und bei geeigneten Objekten Mieterstromprojekte umsetzen.

Ziele

- Realisierung von 40 - 50 Anlagen mit jeweils ca. 40 kWp pro Jahr. Dies entspricht einem Zubau von 1,6 - 2 Megawatt und einer zusätzlichen Stromerzeugung von 1.500 - 1.900 Megawattstunden pro Jahr
- Beitrag zur angestrebten Verdreifachung der Photovoltaik-Leistung auf Dächern bis 2030 als Mindestziel

Zielgruppe

Im ersten Schritt: Volkswohnung
Im zweiten Schritt: Wohnungswirtschaft, insb. Wohnungsbaugesellschaften

Ausbau unterstützender Dienstleistungsangebote

Ein weiterer Baustein für den gezielten Ausbau der Photovoltaik ist neben den Ansatzpunkten Beratung, Information und Förderung auch das Angebot begleitender Dienstleistungen. Neben preislich attraktiven Pauschalangeboten („alles aus einer Hand“) betrifft das insbesondere ein geeignetes Pachtmodell, um zu gewährleisten, dass sich auch Hauseigentümer, die nicht selbst investieren möchten, eine PV-Anlage leisten können. Das bestehende Angebot der Stadtwerke „Mein Solardach“ soll optimiert und bekannter gemacht werden.

Ziel

- Beitrag zur angestrebten Verdreifachung der Photovoltaik-Leistung auf Dächern bis 2030 als Mindestziel

Zielgruppe

Private Hausbesitzer

Solarthermienutzung

Die bisherige Solarthermienutzung deckt lediglich etwa 0,2 Prozent des aktuellen Wärmebedarfs ab. Dabei ist Solarthermie hervorragend geeignet, um im Sommerhalbjahr den Warmwasserbedarf von Wohngebäuden zu decken. Folgende Schritte sind für einen Ausbau vorgesehen:

- Identifizierung von prioritären Gebieten, die für die Solarthermienutzung geeignet sind (Energieleitplan)
- Umsetzung eines Pilotprojektes zur solaren Nahwärme
- Anstoß weiterer Pilotprojekte insbesondere mit Wohnungsbaugesellschaften und Heimen
- Beratung und Information zur Solarthermienutzung

Ziel

- Erzeugung von 21.000 Megawattstunden Wärme aus Solarthermie bis 2030 (Aufdach und Freifläche)

Zielgruppe

Hauseigentümerinnen und -eigentümer, Unternehmen

Solarthermie + PV

70%-Regulierung (PV)
↳ in Warmwasser-Speicher einspeisen

Bürgerbeteiligung an Solarthermie u. Solarwärme

Realisierung weiterer Solarparks und Strom-Communities

Für Karlsruhe soll geprüft werden, inwiefern die Betriebsform einer Bürger-Energiegenossenschaft als Betreibermodell für neue Solarparks befördert werden kann. Ausgehend von einer derzeit geplanten Freiflächenanlage in Wettersbach sollen an geeigneten Standorten weitere PV-Freiflächenanlagen entstehen. Ein neuer Ansatz im Sinne eines „virtuellen Solarparks“ stellen sogenannte Strom-Communities dar. Dieses Modell bietet zum Beispiel Mietern, die keine eigene Anlage installieren können, die Möglichkeit, sich an einer PV-Anlage in der direkten Nachbarschaft als Stromabnehmer zu beteiligen.

Ziele

- Beitrag zur angestrebten Verdreifachung der Photovoltaik-Leistung auf Dächern
- Ausbau der PV-Freiflächenenerzeugung auf 8 Gigawattstunden pro Jahr
- Strom-Communities: Hinzugewinn von rund 200 Zähler/Jahr mit durchschnittlich 2.500 Kilowattstunden Jahresverbrauch

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger als Miteigentümer (Solarparks) / Hausverwaltungen, WEGs, Einzeleigentümer, Planer, Wohnungsbaugesellschaften, Bauträger

Keine grünen Freiflächen für PV nutzen!
Sondern konsequent Flachdächer z.B. Gewerbegebäude, Parkhäuser etc.

Bürgerenergie-Genossenschaft gründen



Flächenphotovoltaik + Nutzung für Landwirtschaft darunter

Möglichkeiten Windenergie für KA erneut prüfen

Gezielter Ausbau von Photovoltaik auf gewerblichen Dachflächen

Der Einsatz von Photovoltaik-Anlagen im gewerblichen und industriellen Bereich ist verglichen mit dem Ausbau auf privaten Dächern noch nicht sehr weit vorangeschritten. Hinzu kommen Potenziale für eine Freiflächenanwendung insbesondere bei der Überbauung von Parkplatzflächen. Ziel ist es, dieses Potenzial konsequenter durch eine direkte Kontaktaufnahme mit Unternehmen zu erschließen.

Ziele

- Weiterer Zubau von 1,5 Megawatt pro Jahr. Davon 1 Megawatt durch Stadtwerke (mindestens zehn große Anlagen/Jahr) und 500 Kilowatt angestoßen durch die Beratung der KEK
- Beitrag zur angestrebten Verdreifachung der Photovoltaik-Leistung auf Dächern bis 2030 als Mindestziel

Zielgruppe

Gewerbe- und Industriebetriebe, Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Banken, Versicherungen

Fotovoltaik-Radwege
Solar-Koach (Koch) (Land)
Solaranlagen bei Bf-Station (Bf-Station)

↳ funktioniert nur eingeschränkt, besser PVs Dach über Radwege = auch Sonnen- und Regenschutz

Kompensationsmaßnahmen außerhalb KA

Photovoltaiksegel auf privaten Grundstücken

Konflikt Freiflächen PV - Wohnungsbau - Landwirtschaft
→ PV vielleicht nicht Fröhen, das Fröhen Nittel? → Wind?

Schwimmende PV-Anlagen in Seen

Förderung / Werbung / Hauswirtschaft für PV-Anlagen
Kommunikation Verfahren bei Balkon-PV-Anlagen



Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Strategie und Grundsatzentscheid für eine klimaschutzgerechte Bauleitplanung

Damit heutige Neubauten auch noch 2050 zur Klimaneutralität beitragen können, müssen sie bereits jetzt nach möglichst hohen energetischen Standards erstellt werden. Derzeit liegen keine kommunalen Beschlüsse zu Klimaschutzrelevanten Vorgaben oder energetischen Standards bei der Aufstellung von Bebauungsplänen vor.

Ziele

- In allen Bebauungsplänen, bei denen noch nicht mit der zweiten Trägeranhörung begonnen wurde, soll auf der Basis eines individuellen Energiekonzeptes die anzustrebende Klimaneutralität dargestellt werden.
- Umsetzung durch „Klimaklauseln“ insbesondere in städtebaulichen Verträgen, Durchführungsverträgen und Kaufverträgen.
- Trotz Zunahme von Gebäuden kein zusätzlicher Energiebedarf durch räumliches Wachstum

Zielgruppe

Stadtverwaltung, Bauherren, Investoren

Photovoltaik-Pflicht für Dächer auf Neubauten

Nach einem Beschluss vom Juli 2018 hat Tübingen als erste Kommune eine Pflicht für PV-Anlagen für Neubauten eingeführt. Um auch in Karlsruhe den Ausbau der Photovoltaik weiter voranzubringen, sollte ähnlich wie in Tübingen angestrebt werden, entsprechende Verpflichtungen innerhalb bestehender rechtlicher Grenzen möglichst flächendeckend in städtebauliche Verträge, Durchführungsverträge und Grundstückskaufverträge aufzunehmen. Vor einer Umsetzung in neuen Bebauungsplänen durch Festsetzungen soll die weitere Entwicklung der Rechtsprechung abgewartet werden.

Ziele

- Beitrag zur angestrebten Verdreifachung der Photovoltaik-Leistung auf Dächern bis 2030 als Mindestziel

Zielgruppe

Bauherren: private Hauseigentümer, Unternehmen, Bauträger

Anpassung der Vorgaben beim Verkauf städtischer Grundstücke

Kommunale Ziele können beim Verkauf kommunaler Grundstücke leicht in Kaufverträge aufgenommen werden. Vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, dass höhere energetische Standards auf die Baukosten keinen preistreibenden Einfluss haben. Als weitergehende Anforderung soll deshalb zukünftig für den Regelfall mindestens der KfW 55-Standard für Wohngebäude und eine 20%-ige Unterschreitung der ENEC 2016 für Nichtwohngebäude angestrebt werden. Des Weiteren ist die regelmäßige Verpflichtung zur Photovoltaiknutzung wichtiges Element in Grundstücksverträgen. Im Bedarfsfall kann zudem eine Anschlusspflicht an die Fernwärme oder ein Nahwärmenetz verankert werden.

Ziel

- Mit der Festlegung energetischer Anforderungen in Grundstücksverträgen soll die Erreichung der Klimaziele verbindliche abgesichert werden

Zielgruppe

Grundstückskäuferinnen und -käufer

Langfristig ausgerichtete Bodenvorratspolitik

Kommunale Bodenvorratspolitik ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung kommunaler Nachhaltigkeitsziele. Damit werden nicht nur Klimaschutzziele, sondern auch andere soziale und ökologische Ziele erheblich leichter umsetzbar, auch da, wo Planungsrecht und städtebauliche Verträge nicht greifen. Die Stadt Karlsruhe betreibt traditionell Bodenvorratspolitik. Dadurch können zum Beispiel auch schwierige Erwerbsverhandlung durch das Einbringen von Tauschgelände erleichtert werden. Bei der Wiederveräußerung von Grundstücken können im Kaufvertrag kommunale Ziele wirksam verankert werden.

Ziel

- Möglichst viele Grundstücke in zukünftigen Baugebieten erwerben

Zielgruppe

Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer

Nachverdichtung
- in sinnvollem Maß
Erweiterung im Bestand

FLÄCHEN
EINSPARUNG
- BEI NEUAUSWEISUNG
→ NACHWÄRMELICHT?

ÜBERARBEITUNG O.
LOCKERUNG VERALTETER
BEBAUUNGSPLÄNE z.B.
ANZAHL DER WOHNWOHNE
DICHTUNG... ZUM SCHATTEN
ZUSÄTZLICHE WOHNRAUMS
IM BESTAND!

Inhaltungsplanung
für einen
Klimaneutralen
Stadtteil

Rückbaupflicht
„Versiegelter“ Privat-Ver-
gärten ... Stein- und
Pflastergärten

Verbot von
schwarzen/anthrazit
Dachziegeln
(→ Aufhellung)

Ausweise über städt.
Beschlüsse zur
Energieeffizienz
Photovoltaik

Thermische Solaranlagen
mitberücksichtigen!

Für Bestand und Neubau:
Einkaufsrichtlinien/Notizen
mit Handwerk/Industrie zu
PV zur preiswerten Installation
von PV für Privatkunde

Parkplätze auch außerhalb der
Innenstadt reduzieren zugunsten
kühlender Grünflächen.

„rote Linie“ für
Bodenversiegelung!
Natürliche Bodenflächen in
der Innenstadt erhalten!

Besonders
ökologische
Baustoffe fördern
(Anbau sanieren etc.)

Anforderungen
(CO₂-neutral/ökol.)
Baustoffe an neue
Baugrundstücke

zusätzliches
KOSTENBUDGET
für nachhaltiges
Bauen

Energieeffiziente/klima-
neutrale
Baustoffe fördern
→ Holz etc.

Baurecht
klimafreundlich
machen

Kontrolle und Vollzug energetischer Standards

Die Maßnahme bezieht sich auf die Kontrolle in Baurechtsverfahren im Hinblick auf Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorgaben des Energiefachrechts und zum anderen hinsichtlich darüber hinausgehender Vereinbarungen in städtebaulichen Verträgen oder Grundstücksverträgen. Mit vermehrter Kontrolle steigt der Aufwand insgesamt an, ist aber notwendige Voraussetzung für die Einhaltung der Bestimmungen und Vereinbarungen.

Ziel

- Überprüfung privater Bauherren und Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer auf Einhaltung energetischer Vorgaben.

Zielgruppe

Bauherren und Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer



Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Modernisierungsbündnis mit Wohnungsbauakteuren

Mit der Gründung eines Modernisierungsbündnisses sollen Kooperationen von städtischen Stellen und Fachakteuren vor Ort gebündelt und strategisch weiterentwickelt werden. Ziel ist es, durch ein „besseres Miteinander“ aller Beteiligten ein positives Umfeld für die energetische Gebäudesanierung in Karlsruhe zu schaffen und insgesamt eine Qualitätsverbesserung bei energetischen Baumaßnahmen zu erreichen. Das Bündnis bildet zugleich eine „Klammer“ für die weiter vorgeschlagenen Maßnahmen einer Sanierungs-offensive.

Ziele

- Bündelungen von Kompetenzen, höhere Schlagkraft für das Thema Sanierung
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und gezielte Nutzung von „Sanierungsfenstern“
- Stärkere Nutzung von Förderprogrammen auf Bundes- und Landesebene

Zielgruppe

- Vernetzungsplattform: kommunale Akteure und externe Kooperationspartner
- Öffentlichkeitsarbeit: alle Hauseigentümer (private und Wohnungswirtschaft) mit Schwerpunkt in geeigneten Lebensphasen (Nutzung von „Sanierungsfenstern“)

Wohnungsbaugesell-
schaften u.
genossenschaften
einbinden u. in die
Pflicht nehmen!

Ausweitung der Energiequartier-Initiative

Um den Sanierungsfortschritt im Gebäudebestand sowie den Energieträgerwechsel der Wärmeversorgung zu beschleunigen, werden mit den Erfahrungen der bereits bestehenden Energiequartiere in Karlsruhe sukzessive in allen Karlsruher Stadtteilen weitere Energiekonzepte in geeigneten Quartieren erarbeitet und die Maßnahmen durch ein Sanierungsmanagement umgesetzt.

Ziele

- In jedem Karlsruher Stadtteil liegt bis 2030 (mindestens) ein Energiekonzept vor.
- Ausgehend von 27 Stadtteilen und den fünf bereits bearbeiteten oder in Arbeit befindlichen Quartieren sollen bis zu drei neue Energiequartiere pro Jahr mit einem begleitenden Sanierungsmanagement gestartet werden.
- In jedem Quartier sollen mit 10 % der Eigentümerinnen und Eigentümer pro Jahr persönliche Gespräche geführt werden.
- Anschlussprojekte initiieren (zum Beispiel Realisierung eines Nahwärmenetzes)

Zielgruppe

Hauseigentümer (private und Wohnungswirtschaft), Energieversorger, städt. Liegenschaften

Ökobilanzierung von
Bestandsgebäuden und
Sanierungsmaßnahmen

Aufsuchende Energieberatung

Mit einer neutralen und qualitativ hochwertigen Angebotsberatung (möglichst auch in bauphysikalischen Fragen) können private Eigentümerinnen und Eigentümer für die Sanierung und den Heizenergieertragswechsel motiviert und bei der Umsetzung unterstützt werden. Im vorgesehenen Beratungszentrum Klimaschutz wird deshalb ein Schwerpunkt auf die individuelle Erstansprache gelegt. Zudem werden in Wohngebieten mit hohem energetischen Sanierungsbedarf, die erst später ein Quartierskonzept erhalten, konzentrierte Kampagnen in Form von „Energiekarawanen“ durchgeführt.

Ziele

- Sanierungsquote im Bestand erhöhen, Zielmarke 2% jährlich
- Rund 500 stationäre und rund 200 vor-Ort-Beratungen pro Jahr
- Die ersten vier Jahre werden als Schwerpunkt drei Energiekarawanen pro Jahr (insgesamt zwölf) durchgeführt, 15 bis 20 % der Haushalte im jeweiligen Zielgebiet einer Energiekarawane werden beraten.

Zielgruppe

Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer (zunächst Priorität auf Gebäudejahr 1979 und älter), Energieberatende, Handwerksbetriebe

Ausbau des Contractings im Bereich energetische Sanierung

Contracting kann dabei helfen, die notwendige Bestandssanierung und Modernisierung von Gebäuden und energetischer Anlagen deutlich zu forcieren. Grundlage ist immer eine maßgeschneiderte und effiziente Lösung, sowohl bezüglich der Energieeinsparung als auch der Kosten. Die Contracting-Nehmer, zum Beispiel ein Unternehmen oder eine Wohnungseigentümergeinschaft, erhalten eine schlüsselfertige Anlage, ohne eine große Erstinvestition tätigen zu müssen. Der Contractor finanziert sich über die eingesparte Energie. Obwohl es mittlerweile eine Reihe von umgesetzten Erfolgsbeispielen auch in der Region Karlsruhe zu verschiedenen Formen des Contractings gibt, wird das Instrument bislang zu wenig genutzt. Dem soll durch verstärkte Beratung und Information begegnet werden.

Ziel

- Abbau von Informationsdefiziten, Steigerung der Sanierungsrate, Beschleunigung des Energieträgerwechsels

Zielgruppe

Wohnungseigentümergeinschaften (WEG), Wohnbauunternehmen, Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Alte Bausubstanzen
mit großen Wohnungen
für junge Familien

Neubauen
Barrierefrei
mit kleinen Wohn-
einheiten für Ältere
+ Alleinlebende

Immobilien-eigentümer /
Hausverwalter in
Projekte der Klimallianz
einbeziehen

SANIERUNGS
QUOTE ERHÖHEN
→ MEHR ANREIZE
(STÄDT. FÖRDERUNG?)

Wohnfläche
pro Kopf
reduzieren → wie?
(Suffizienz!)

Mehr Photovoltaik
Photovoltaik auch
auf Bestandsdächern
u. Fassaden
(Fensterläden?)

MFH: Projektbegleitung für
Sanierung
• Analyse: Was wird getan werden?
• Welcher Fristenplan?
• Begleitung bei der Sanierungsphase

Denkmalschutz
lockern für Photovoltaik
bei Dächern, die man von
unten kaum sieht.

Gestalterisch gute
Lösungen entwickeln
→ Denkmalschutz
beachten aber Priorität
auf neue Lösungen setzen

Sanierungen
nicht nur Energieeffizient
sondern gleich auch
Barrierefrei (2 in 1)

Klimaschutzmaßnahmen
sollten stärker im Ziel-
spiegel Berücksichtigung
finden, z.B. Treppenstufen
insb. Nebenkosten als
Vorgeschlagene

Konstruktive Kooperation Denkmalschutz und Energie

Die Klimaschutzziele von Karlsruhe müssen auch denkmalgeschützte Gebäude so gut wie möglich einschließen, da deren Anzahl in Karlsruhe vergleichsweise hoch ist. Vor allem die regenerative Energieversorgung spielt eine wichtige Rolle, wenn die Gebäudehülle nicht umfassend energetisch saniert werden kann. Um sicherzustellen, dass die Thematik weiter vorangebracht und konkrete, übertragbare Lösungen erarbeitet werden, wird bei der Stadt ein Denkmalschutzbeirat eingerichtet und ein Netzwerk Klima- und Denkmalschutz initiiert.

Ziele

- Stärkung energetischer Gesichtspunkte bei Sanierungen von Baudenkmalen, auch für Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften, die günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen wollen
- Anreize schaffen zur energetischen Sanierung von Baudenkmalen
- Interessenkonflikte (Vorbehalte) abbauen

Zielgruppe

Denkmalschutzämter (Stadt und Regierungspräsidium), Eigentümerinnen und Eigentümer von Baudenkmalen, deren Interessensvertretungen, Architekten, Handwerk, Energieberatende

Volkswohnung als Klimaschutzvorreiter bei der Bestandssanierung

Angelehnt an die Ziele der Stadtverwaltung zum Klimaschutz strebt die Volkswohnung für ihren Gebäudebestand ebenfalls die Klimaneutralität bis 2040 an. Das Vorhaben ist eingebettet in die grundlegende Modernisierungs- und Sanierungsstrategie der Gesellschaft, denn bereits zum jetzigen Zeitpunkt wird der Gesamtbestand kontinuierlich weiterentwickelt und auf einem hohen energetischen Stand unter Berücksichtigung der Sozialverträglichkeit bewirtschaftet.

Ziele

- Identifikation der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität des Gebäudebestandes bis 2040
- Erarbeitung eines langfristigen Sanierungsplanes und Überführung der Strategieempfehlungen in die jährlichen und mittelfristigen Sanierungspläne
- Gezielter Austausch mit anderen Wohnungsbaugesellschaften über das Modernisierungsbündnis und den Runden Tisch Wohnungsbaugesellschaften

Zielgruppe

Volkswohnung als Gebäudebesitzerin, Mieterinnen und Mieter der Volkswohnung

DACH- &
FASSADEN
BEGRÜNUNG
BEI SANIERUNG

Mehr Förderung für
Heizungsmodernisierung

MORATORIUM FÜR
5 JAHRE: KEINE
NEUEN GEBÄUDE-
IMMOBILIEN.

Mehr Passiv-Häuser
Holz, Holz & Holz!

Klimabilanzierung
aller städtischen Bauprojekte
in Planung (und allen
Genehmigungen)



Klimaallianz mit der Wirtschaft

Klimaschutzmanagement für den Bereich Wirtschaft

Zur Unterstützung bei der Erschließung von Energieeinsparpotenzialen in Unternehmen gab es in den zurückliegenden Jahren bereits erfolgreiche Ansätze (zum Beispiel Energieeffizienz-Netzwerk Karlsruhe, ECOfit, Erarbeitung gewerbegebietsspezifischer Energiekonzepte). Aufgrund begrenzter personeller Kapazitäten fehlte allerdings die notwendige Kontinuität. Voraussetzung für einen intensiveren Einbezug des Wirtschaftssektors ist deshalb eine personelle Verstärkung in Form eines „Kümmers“. Hauptaufgaben des Klimaschutzmanagers wären neben der gebietsbezogenen Arbeit und der Initiierung weiterer Energiekonzepte in Gewerbegebieten auch die Betreuung der Klimaallianz und die Koordinierung neuer Netzwerke.

Ziel

- Kontinuität bei der Ansprache und Einbeziehung von Unternehmen

Zielgruppe

Unternehmen und Gewerbebetriebe unterschiedlicher Größe aus Industrie und dem Bereich Gewerbe/Handel/Dienstleistungen

Klimaallianz mit Karlsruher Unternehmen

Mit der Klimaallianz soll zum einen engagierten Unternehmen, die sich dem langfristigen Ziel der Klimaneutralität verpflichtet fühlen und bereits konkrete Maßnahmen im Betrieb umsetzen, eine Plattform geboten werden, um ihr Engagement öffentlichkeitswirksam präsentieren und sich mit Gleichgesinnten austauschen zu können. Zum anderen sollen über die Allianz auch weitere interessierte Unternehmen motiviert werden, „mitzumachen“ und sich mit den Möglichkeiten, Energie und Ressourcen einzusparen sowie erneuerbare Energien zu nutzen, aktiv auseinanderzusetzen.

Ziel

- Gewinnung von 250 teilnehmenden Unternehmen innerhalb von fünf Jahren

Zielgruppe

Die Maßnahme soll eine hohe Breitenwirkung in der Wirtschaft (Industrie, Gewerbe/Handel/Dienstleistungen) erzielen. Daher sollen alle Unternehmen in Karlsruhe bei Erfüllung der Teilnahmebedingungen in die Klimaallianz eintreten können.

Klimastammtisch

Als einfacher Einstieg in die Informationsvermittlung zu energierelevanten betrieblichen Themen und den gemeinsamen Erfahrungsaustausch wird ein „Klimastammtisch“ (Arbeitstitel) entwickelt. Im Unterschied zu den geförderten und daher eher formalen sowie zeitlich begrenzten Energieeffizienz-Netzwerken sollen die Stammtische in informeller und eher lockerer Atmosphäre stattfinden und zeitlich weniger beanspruchend sein. Der Stammtisch soll als fester Bestandteil der Klimaallianz etabliert werden, aber generell offen für Betriebe sein, die (noch) kein Mitglied der Klimaallianz sind.

Ziele

- Etablierung eines niederschweligen Formates für Unternehmen zur Behandlung klimarelevanter Fragestellungen und Probleme
- Konkrete Hilfestellung bei Informationsbedarf zu bestimmten Themen (Vermittlung von Fachexperten, Fördermittel, Recherche)

Zielgruppe

Unternehmen (Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Handwerk)

Neue Energieeffizienz-Netzwerke starten

Ein Energieeffizienz-Netzwerk (EEN) besteht in der Regel aus 10 bis 15 Betrieben mit jährlichen Energiekosten von mindestens 150.000 €. Eine Netzwerkteilnahme bietet dem Unternehmen den Vorteil einer umfassenden Analyse der energetischen Ist-Situation und praxisnahe Informationen zu verschiedenen technischen Effizienzoptionen. Wichtiger Bestandteil eines Energieeffizienz-Netzwerkes ist die gemeinsame Zielfestsetzung für die angestrebte Gesamteinsparung über die Laufzeit des Netzwerkes.

Ziele

- Initiierung von mindestens einem neuen Netzwerk in Karlsruhe mit acht bis zwölf Unternehmen
- Ca. 10.000 t initiierte CO₂-Minderung nach 4 bis 5 Jahren, davon 70 bis 80 Prozent über Energieeffizienz und 20 bis 30 Prozent über erneuerbare Energien, Abwärme oder Fernwärme-Nutzung

Zielgruppe

Größere Unternehmen (Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen), Ergänzend auch kommunale/gerneinnützige Unternehmen (z.B. Klinikum, Messe u.ä.)

Firmen bevorzugt auswählen, die bei Maßnahmen mitmachen/klimafreundlich sind, nachhaltig handeln

Karlsruher Firmen bevorzugen

Stadt soll durch Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie Unternehmen in ihrem ökologisch-sozialen Engagement unterstützen

Unternehmen benachteiligen, die sich nicht anschließen. Sonst beteiligen sich nur die wenigen, die es sich leisten können.

Firmen publik machen, die klimafreundlich handeln
→ Wettbewerb fördern

Anreize schaffen
Die richtige

EMAS-Firmen ansprechen
Anreize setzen

Kann Stadt Wirtschaft lenken?
- Bsp. Friseur (Licht spart, verschont Kunden)
- Vorgaben setzen

Wirtschaft strikter einbinden.
→ Nachhaltige Unternehmen voranbringen!

Der Start müsste mit großen + selbsterkennenden Unternehmen beginnen + OB + Präsident der IHK
go

Ist IHK involviert?
ja, warum nicht?

bei der Wirtschaftsförderung -- Thema machen

gemeinsame Projekte starten
- Verbünde -

Unternehmenskompetenzen im Klimabereich zusammenführen, Transfer integrieren

Konkurrenz ist kein Hindernis für Zusammenarbeit

ist auf bestehende Netzwerke aufbauen?
(Ja) sind offen überregional

Klima sollte als Chance
Wir jetzt mitmachen,
ist im Vorteil

In Supermarkt auf den Kassenzettel den CO₂-Wert drucken

Information zu CO₂-Emission für einzelne Produkte verfügbar machen

Klimaallianz mit der Wirtschaft

Energiekonzepte für Gewerbegebiete

Ziel der Maßnahme ist es, für weitere Gewerbegebiete in Karlsruhe die energetische Bestandssituation und vorhandene Effizienzpotenziale näher zu beleuchten und in mindestens einem Gewerbegebiet die Umsetzung eines innovativen Energiekonzeptes anzustoßen. Vorbild wäre das Projekt „Green Industry Park“ in Freiburg, wo es gelungen ist, gemeinsame Effizienzprojekte ansässiger Unternehmen anzustoßen und einen Abwärmeverbund zu realisieren. Die Maßnahme soll im Zuge der geplanten Ausweitung des erprobten Ansatzes zum ressourcenschonenden Wirtschaftens im Gewerbegebiet Grünwinkel (REGKO) auf weitere Gewerbegebiete umgesetzt werden.

Ziele

- Aufstellung von Energiekonzepten mit technisch-ökonomischem Einsparpotenzial für mindestens vier Gewerbegebiete bzw. Schwerpunktareale
- Mindestens in einem Gewerbegebiet: Umsetzungs- und Betreiberkonzept für einen Energieverbund

Zielgruppe

Großunternehmen und mittelständische Gewerbebetriebe

Strom nachhaltig
produzieren
Strom aus erneuerbaren Energien

Abwärme bei Temp. >200°C
an ORC-Anlagen im KWK-
Betrieb denken, dann die
Restwärme im Nah-/Fern-
wärme einspeisen
ego

Hauswärmungen, Mietobjekt
eigentümer →
Anreize mehr für klimafreundliche
Investitionen von Sanierung
bis Anreize f. Mieter

- Abwärme nutzen
- Bei Programmierung ist
nutzen Potenzial beim
Energieverbrauch

Abwärme nutzen
spart Geld

Bündelung und Weiterführung von Fortbildungs- und Beratungsangeboten

In Karlsruhe gibt es bereits eine breite Konstellation von Akteuren, die für hiesige Unternehmen und Organisationen verschiedene Mitwirkungs-, Beratungs- und Fortbildungsangebote im Bereich Energieeffizienz und weiteren Klimaschutzrelevanten Handlungsfeldern bereit halten. Mit den über das Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen Maßnahmen wird dieses Angebot nochmals gezielt erweitert. Defizite bestehen allerdings im Hinblick auf eine übersichtliche Darstellung der ganzen Angebote. Durch eine nutzeradäquate Übersicht sollen interessierten Neueinsteigern zukünftig leicht passende Unterstützungsangebote vermittelt werden.

Ziel

- Vereinfachter Zugang zu bestehenden (und zukünftig neu dazukommenden) Beteiligungs-, Beratungs- und Fortbildungsangeboten im Bereich Energieeffizienz, Klimaschutz, nachhaltige Unternehmensführung in Karlsruhe

Zielgruppe

Unternehmen (Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistung, Handwerk)

Bündelung Leistungen
fördern

Fortbildung durch IHK
zu Bewusstseins von Eff. + EE
Investitionen: Barwert, interne
Verzinsung, zusätzliche Nutzen
ego

Wie erreicht man im
Unternehmen die
Klimaverträglichkeit?

Energienetzwerk Green IT

Mit einer großen Bandbreite an IT-Dienstleistern und Rechenzentren-Betreibern gehört Karlsruhe zu den „IT-Hochburgen“ in Deutschland. Ein knappes Viertel des Strombedarfs des gewerblichen Sektors in Karlsruhe entfällt auf die IT- und Kommunikationsbranche. Mit der Maßnahme soll ein spezifisches Energieeffizienznetzwerk für Unternehmen aus dem IT- und Kommunikationsbereich sowie Forschungseinrichtungen mit einem hohen Stromverbrauch für den Betrieb von IT-Infrastruktur und der Kühlung von Speichersystemen geschaffen werden. Im Fokus steht dabei der Erfahrungsaustausch, gepaart mit Fachvorträgen zu Pilotprojekten und innovativen Ansätzen sowie Empfehlungen für Fördermittel.

Ziel

- Etablierung eines Green-IT Netzwerkes mit Unternehmen der IT- und Kommunikationsbranche

Zielgruppe

Rechenzentren-Betreiber, Unternehmen mit großen Serverräumen, Forschungseinrichtungen mit Rechenzentren.

Technologie-Park möchte
Initiative starten
Blockaden auflösen
→ Kooperation mit der Stadt

Wirtschafts Kongresse
und alle Kongresse/
Veranstaltungen sollten
Klimafreundlich bzw.
Klimaneutral sein

Wirtschafts Förderung
kleinere Betriebe mit natu-
rlichem Ausbruch (z.B. Ingwer)
Restorant, Handmade mit Workshops,
Kongressen mit Bioströmen (Kunst,
Gastronomie, Kultur etc.)

Regionalmarkt
Konzept

Green
lease - Verträge
von Gewerbeflächen



Nachhaltige Mobilität in der Stadt

Flächen deckend
Tempo 30 im
Stadtgebiet einführen
(soweit rechtlich möglich)

Wegfall Kurzzeit
mehrfach Parken

Parkraum bewusst schaffen
in der ganzen Stadt
tender
Verknüpfung Parkhäuser

Wegfall von Parkplätzen
Sukzessive Reduzierung des ÖPNV
durch Parkplätze

Machtvolle Mobilität
das nicht an den Status
größen angehängt
Einflussnahme auf Kundin
BürgerInnen, und wenn sie
außerhalb d. Stadt unterwegs

Bedienung der Zielsetzung
von Flugschiffen
Bäder-Bäder
keine Wägen
dafür mehr

Regulierung des motorisierten Individualverkehrs im Innenstadtbereich

Die Stadtverwaltung erarbeitet im Rahmen des IQ-Korridortheas „Zukunft Innenstadt“ ein Konzept für das Leitprojekt „Öffentlicher Raum und Mobilität“. Alle Mobilitätsarten und deren Wegbeziehungen in der Innenstadt werden im Konzept zusammen mit der Platznutzung integriert behandelt. Eine hohe Priorität wird dabei auf der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und der Freihaltung insbesondere von Fußgängerbereichen vom Kfz-Verkehr liegen. Im Gegenzug wird die Erweiterung von Fußgängerbereichen näher geprüft. Konkrete Vorschläge hinsichtlich Einfuhrbeschränkungen und Reduzierungsmöglichkeiten für den Lieferverkehr sollen erarbeitet werden, auch im Zusammenhang mit der Einrichtung eines innerstädtischen Logistik-Hubs.

- Ziele
- Entlastung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr
 - Klimaverträglicher Lieferverkehr

Zielgruppe
Alle Kfz-Nutzenden

Schließung bzw.
Verlagerung aller
innerstädtischen Park-
häuser in die Nähe der
Autobahn/Südtangente

monatsfahr-
weise festliche be-
grenzt bei Aufgabe
von Autobesitz

Autofreie Innenstadtk

City - Raum f. Kfz
+ klassische Ein-
parkplätze
+ Subventionierung
kostenfreier ÖPNV

Keine Werbung für
Parkplätze in der
Innenstadt

Kostenfreier
ÖPNV

Mehr Fläche für
Fußgänger und
Fahrräder als für
Autos

Realisierung einer Citylogistik nach Abschluss der Kombilösung

Der Wirtschafts- und Lieferverkehr nimmt auch in Karlsruhe weiterhin stark zu und beeinträchtigt die Verkehrssituation und die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Mit dem Ziel, Wirtschaftsverkehr zu bündeln und abschnittsweise auf die Schiene zu verlagern, soll ein entsprechendes Güterverkehrsangebot unter Nutzung der regionalen und innerstädtischen Schieneninfrastruktur und der Einrichtung eines innerstädtischen Logistik-Hubs geschaffen werden (Projekt „Kargo-Move“). Ein notwendiger ergänzender Schritt ist die Verteilung von Gütern innerhalb der Stadt und insbesondere der Innenstadt. Hier bedarf es klarer Vorgaben für den Lieferverkehr mit dem Ziel einer Reduzierung und emissionsarmen Weiterverteilung.

- Ziele
- Verlagerung stadterweiterndem Verkehr auf umweltfreundlichen und
 - Beschränkung des LKW-Verkehrs in der Innenstadt

Zielgruppe
Relevante Supermärkte, Einzelhändler, Lagerhäuser, Bau- und Speditionen, Endkunden.

mehr Bänke
&
mehr Papierkörbe!

Citylogistik a.d. Schiene
gibt Idee, aber dafür müsste n
in der Innenstadt die Schienen
den Gleisen (nachg. Lagerplatz,
Südkorridor und ÖPNV)

Autofreier Zirkel
(Kriegsstr. bis Schloss)

Tempo 20

Tempo 30
in der ganzen Stadt

Parkplatzpreise an
ÖPNV-Preise koppeln,
inkl. jährlicher Erhöhung
(20. Werte, Tageskarte
→ keine Jahreskarten!)

Autofreier Raum um
Kittas, Schulen etc.
→ unattraktive Haltestellen
Parkplätze

2500 zusätzliche
Stellplätze für die
neue Kfz-Periode
Kfz, Kfz, Kfz, Kfz
Kfz, Kfz, Kfz, Kfz

Schaffung stellplatzfreier Bereiche und Quartiere im öffentlichen Raum

Parkraummanagement im öffentlichen Raum ist ein wichtiges Element des Verkehrsverhaltens. Solange am Zielort ausreichend Flächen für den PKW stattfinden, wird ab 2020 ein stadtweites Parkraummanagement umgesetzt. Das steht in der Ausweisung und Überarbeitung des Parkraummanagements zusammenhängend mit der Regulierung des öffentlichen Raums und der Umgestaltung eines öffentlichen Raums. Ein Beispiel Winterkurt.

→ Beispiel Winterkurt

Tempo 30 in
Wohngeb. u. an
Schulen + Kittas

Stellplatzschlüssel
zu den!
→ Baubittplanung

neuer Wohnpark
nur noch auf der
Freiung zeigt, wie es
geht

Innen bei
Mobilitätskonzepten
mitnehmen

Integrierte
Betrachtung

SUV Verbot
in der Innenstadt

City Maut

Lkw-Maut
komplett auf
der Südtangente

Lkw-Verbot in Kfz
von 6-9
15-18 +
> 3456

GVZ Ausbau
=> mehr Güter auf
die Schiene

Unterstützung des Carsharings

Karlsruhe ist die Stadt mit der größten Carsharing-Stationen. Ein stationäres Carsharing-System mit einem öffentlichen Carsharing-Modell ergänzt wird. Die Nutzungszeiten werden stetig gestiegen, für ein weiteres Wachstum der Carsharing-Stationen wurde das Abstellen von Fahrzeugen in der Innenstadt erweitert. Eine Änderung im Landesstraßenverkehrsrecht wurde das Abstellen von Fahrzeugen in der Innenstadt erweitert. Eine Änderung im Landesstraßenverkehrsrecht wurde das Abstellen von Fahrzeugen in der Innenstadt erweitert.

- Ziele
- Weitere Steigerung des Anteils von Carsharing an der Gesamtzahl der Fahrzeuge
 - Kannibalisierungseffekte für den Umweltverbund
 - Signifikante Erhöhung der Anzahl der Haushalte ohne eigenes Fahrzeug
 - Ausbau der Kooperation von KVV und städtischen Verkehrsmitteln

Zielgruppe
Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Karlsruhe

bestehende
Kfz - Parkhäuser
im Fahrradpark-
häusern umwid-
men / -bauen

Keine neuen
Stellplätze schaffen
Parkhäuser
schließen

Wohnort +
Lebensraum
stark Parkplätze

Carsharing -
Stellplätze bei
Wegfall von
Parkplätzen (Radweg)

Carsharing-Stellplätze
fehlen in der
Südweststadt. Öffentl.
Parkplätze dafür bereit-
stellen.

Warum geht man
nur auf
E-Mobilität?
Alternativen!!

Den BürgerInnen
die Stadt (ohne
Plätze und Wege)
zurückgeben

Aufenthaltsqualität
verbessern

Mobilität in
Schulen, Kindergärten
Jugendhäusern
platzieren

Geschwindigkeit
begrenzen

Mehr und kürzer
den von vorhandenen
Parkplatzkapazitäten
→ Fußgänger für Fußgänger
→ Radfahrer für Radfahrer
→ Fußgänger für Fußgänger
→ Radfahrer für Radfahrer

Klimafreundliche Mobilität erlebbar und sichtbar machen

Die klimafreundliche Mobilität des Umweltverbunds, also ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, muss besser sichtbar und auch erlebbar werden, um ihr in der öffentlichen Wahrnehmung ein größeres Gewicht zu geben. Das „Erfahren“ neuer Mobilitätsalternativen erhöht zudem die Offenheit und Motivation, diese in die Alltagsmobilität zu integrieren. Wichtig ist es deshalb, durch gezielte Kampagnen und Aktionen das Thema regelmäßig in den Vordergrund zu rücken und für unterschiedliche Zielgruppen konkrete Angebote zum Ausprobieren und Autoverzicht zu machen. Neben bereits bestehenden Formaten (z.B. Parking day, Radlerfrühstück, Pedelec-Testwochen) sollen zukünftig weitere Aktionen geplant und mögliche Weiterentwicklungen geprüft werden (z.B. Tauschaktion Führerschein gegen ÖPNV-Ticket).

- Ziel
- Gezielte Anstöße und Unterstützung für eine Änderung des Mobilitätsverhaltens

Zielgruppe
Karlsruher Bevölkerung, Pendlerinnen und Pendler, Übernachtungsgäste, Einkaufstouristen

Zukünftige Nutzung
der Fußgängerzone ohne
Straßenbahn → „grüner
Stichwort: Aufwertung
der Innenstadt/Mobilitätsqualität

D.G.: Studenten erhalten
Willkommen geschenkt (1/2 Jahr KVV
oder sehr gut! < gratis
Für Senioren gibt es: „Führerschein-
Rückgabe gegen 1/2 Jahre-Abo KVV“
→ das ist doch DEUTLICH besser!
Nicht Führerschein: 10 Jahre Abo!



Nachhaltige Mobilität in der Stadt

Pilotprojekte zur Elektrifizierung der Kfz-Flotte

Aktuelle Studien kommen zum Schluss, dass die Nutzung von E-Fahrzeugen bereits heute klimaverträglicher ist als der Verbrennungsmotor. Auch wenn der reine Wechsel des Antriebskonzeptes und damit des Energieträgers zu kurz greift, stellt der weitere Ausbau der Elektromobilität einen wichtigen Baustein für das Erreichen der Klimaschutzziele dar. Der Ausbau wird zwar entscheidend von bundespolitischen Rahmensetzungen abhängen, dennoch bestehen aus kommunaler Sicht Ansatzpunkte, um den Anteil von E-Fahrzeugen in der Fahrzeugflotte weiter zu steigern, etwa durch Pilotprojekte mit hoher Breitenwirkung. Als besonders vielversprechend eingeschätzt werden dabei Projekte von Unternehmen, zum Beispiel eine E-Taxiflotte, E-Handwerkerautos und E-Lieferfahrzeuge.

Ziel
Steigerung der zugelassenen E-Fahrzeuge und bessere Sichtbarkeit im Stadtgebiet

Zielgruppe
Private Unternehmen (mit eigenem Fuhrpark), Taxiunternehmen, Handwerksbetriebe,

E-Mobilität nur als
Car-Sharing
→ Wasserstoff statt
E-Mobilität fördern

CO₂ neutrale
Busflotte
(Elektro, Wasserstoff
etc.)

Bei "Radwegtaugerten"
Beleuchtung nicht
vergessen!

Nicht am Stadttrand
aufhören, auch
in die Stadt!

Hausfelder Allee
für PKW sperren

Hausfelder Allee
Durchfahrt sperren f. Kfz von/zu
Roth. Eine Querallee (an H. Friedl.)
baul. Veränd. an Einmündung Moselweg
→ Vorkehrung f. Radverkehr

Regionalradwege

Mit interkommunalen Regionalradwegen, insbesondere Radschnellwegen können die Umlandgemeinden besser an Karlsruhe angeschlossen und insbesondere Pendler für einen Umstieg aufs Fahrrad motiviert werden. Aus Klimaschuttsicht ist die Realisierung dieser Fahrradstrecken deshalb ein wichtiger Ansatz. Über Karlsruher Gemarkung sind derzeit drei Radschnellwege vorgesehen. Die Umsetzung ist vorrangig Landesaufgabe und muss in enger Abstimmung mit den Nachbarkommunen stattfinden. Die Verbesserung von direkten Anschlüssen an regionale Radwege ist zudem Bestandteil der laufenden Planung und Umsetzung des innerstädtischen Radnetzes.

Ziele
Erhöhung des Fahrradanteils im Pendelverkehr
Reduzierung des motorisierten Verkehrs

Zielgruppe
Bevölkerung allgemein, Pendler

S-Pedelecs auf
Radschnellwegen
zulassen
als Fahrrad gilt
nicht als Kfz
→ kein Führerschein
benötigt

Ausbau Ladeinfrastruktur im privaten Raum

Batterieelektrische Fahrzeuge benötigen eine Ladeinfrastruktur. Aktuell findet der Großteil aller Ladevorgänge von E-Autos im privaten Raum statt. Mit der verbreiteteren Anschaffung von E-Fahrzeugen steigt auch die Nachfrage nach Ladepunkten. Für den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur erarbeitet eine städt. Arbeitsgruppe derzeit Vorschläge aus, wie das Thema - auch unter Berücksichtigung zunehmend privater Wünsche für öffentliche Ladepunkte - weiterverfolgt werden kann.

Ziele
Schaffung einer Infrastruktur, die eine Vielzahl von E-Fahrzeugen bedienen kann
Vorsehung von Ladeinfrastruktur bei neu gebauten oder sanierten Stellplätzen
Steigerung der Stromversorgung der Ladepunkte in Kombination mit dafür extra errichteten Photovoltaik-Anlagen
Die Ausrüstung installierter Ladestationen (Wallboxen, Säulen) sollte bereits ihren Einsatz im Rahmen von Lademanagement und Smart Grid ermöglichen.

Zielgruppe
Privatpersonen, Unternehmen

Mehr und praktische
Information der
Menschen in den Stadt-
teilen
- Lösungen, die realisiert sind

Flotte kleiner
E-Mobile als
Mietbare "Ausleihe"-
Fahrzeuge

Kreuzungen
zum Parken (etwa oder nicht
als Fahrradstellplätze
ausweisen, um Sichtverhältnisse
freizuhalten, wenn möglich
mit Möglichkeit zum Anschließen

Mehr Fahrradplätze schaffen
→ Abstellplätze
und sichere Plätze!

Öffentliche Fahrrad-
ständer häufiger von
Fahrrad-Leihen befreit
(insb. Bahnhof)

Ausbau von Radabstellanlagen

Mit dem Ziel eines erhöhten Radverkehrsanteils muss auch der Ausbau von Radabstellanlagen, im öffentlichen und im privaten Raum, Schritt halten. Diese werden an Start- und Zielorten von allen Wegen, d.h. an Ausbildungs-, Arbeits-, Einkaufs-, Freizeitorienten und zu Hause benötigt. Auch wenn die Schaffung weiterer Abstellplätze eine Daueraufgabe ist, existieren in Karlsruhe entgegen den bisherigen Zielstellungen (20-Punkte-Programm, Verkehrsentwicklungsplan) nach wie vor deutliche Defizite, die dringend angegangen werden müssen. Das betrifft neben bestimmten Schwerpunkten (Innenstadt) und der reinen „Masse“ auch den zunehmenden Bedarf an (platzintensiven) Sonderabstellformen insbesondere für Lastenräder.

Ziel
Als Zielgröße für die Wiederauszeichnung Karlsruhes als „Fahrradfreundliche Stadt“ müssen ca. 3.000 neue, zum Teil auch überdachte Fahrradabstellanlagen installiert werden.

Zielgruppe
Radfahrer und Nicht-Radfahrer

Fahrradgaragen/-parkhäuser
sicher und bezahlbar
(max 25 €/Jahr)

Unterhaltung
von Radabstell-
anlagen
! Nicht nur für
öffentliche Räder

Ausbau Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum

Der Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge im öffentlichen (und halböffentlichen) Raum ist wichtige Voraussetzung für die Steigerung der E-Mobilität und ergänzt die private Ladeinfrastruktur. Die Stadtwerke Karlsruhe werden deshalb die Möglichkeiten des Elektromobilitätsgesetzes nutzen und weitere öffentliche Lademöglichkeiten als Teil der Grundversorgung installieren, ebenso wird die Stadtverwaltung ihre Einflussmöglichkeiten auf Betreiber bzgl. Anforderungen und Standorte nutzen. So sind etwa im städtebaulichen Sanierungsgebiet Grötzingen teilweise intelligente Straßenleuchten mit Ladeoption an einem Platz oder entlang einer Straße geplant. Ebenso ist eine weitgehende Ausstattung der potenziellen Carsharingstellplätze im öffentlichen Raum mit E-Ladesäulen vorgesehen.

Ziele
Bedarfsgerechte öffentliche Ladeinfrastruktur mit Stufenplan für die Stadt Karlsruhe inklusive Integration des Umlandes.

Zielgruppe
Bevölkerung

Förderung von E-Tankstellen
nur unter der Auflage,
dass dort ausschließlich für
Carsharing genutzt werden
darf

Ladepunkte-Ausgebaut
erhöhen bei Weg-
fall von Park-
plätzen (z.B. bei Radweg-
planung)

Umwidmung von 2 oder 3
Parkplätzen in die Innenstadt
für Fahrräder, Lastenräder,
Anwohner, Verlagerung
der restlichen in die Peripherie
Fahrräder sollen
Lastenräder abstellen
(und auch z.B. bei)
Wegbau sollen Lastenräder
benutzbar (besser)
in Stadtplatz abstellen.

Straßenlaternen mit
Lademöglichkeit

Mehr Budget für
Fahrrad- und Fußgänger-
Infrastruktur als für
PKWs und LKWs.

Fokus Lastenrad: Förderung und Erweiterung von Leihsystemen

Ob für den privaten Einkauf, den Transport der Kinder zur Kita oder für den gewerblichen Lieferverkehr: Lastenraddar bieten ein ernstzunehmendes Verlagerungspotenzial von „klassischen“ Kfz-Fahrten hin zum Umweltverbund und sind alleine auch optisch ein wichtiges Symbol für eine ernst gemeinte Mobilitätswende. Die Stadt kann die weitere Verbreitung aktiv unterstützen. Dies wäre durch eine Weiterführung bzw. Neuaufgabe des aktuellen Zuschussprogramms für den Kauf von Lastenrädern sowie eine Integration von (zunächst vorgeschlagenen 30) Lastenrädern in das bestehende Shareingsystem von „KVV.nextbike“ möglich.

Ziel
Deutliche Erhöhung der Anzahl von Lastenrädern in Karlsruhe

Zielgruppe
Karlsruher Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren im eigenen Haushalt (für derzeitiges Förderprogramm), ansonsten Stadtbevölkerung, vor allem Personen jünger als 45 Jahre sowie Besucherinnen und Besucher (Shareingsystem)

Forcierung des Umbaus zur Fahrradstadt

Das 20-Punkte-Programm für den Radverkehr wird derzeit mit dem BYPAD-Verfahren (Bicycle Policy Audit) fortgeschrieben. Damit soll das Leitbild „Radverkehr als System“ mit konkreten Maßnahmen und Zielen für die nächsten zehn bis 15 Jahre unterfüttert werden. Erstmals soll auch der Fußverkehr ins Verfahren einbezogen werden. Aus Klimaschuttsicht ist die Neufassung bzw. Fortschreibung ein wichtiger Meilenstein, um eine Forcierung des Umbaus zur Fahrradstadt insbesondere beim Ausbau der Radwegeinfrastruktur zu erreichen. Wünschenswert wäre dabei zukünftig ein Planungsvorrang des Radverkehrs. Eine weitere Voraussetzung, um beim weiteren Ausbau des Radwegenetzes zügiger voranzukommen, wäre die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel, aber auch die Schaffung von nötigen Verwaltungsstrukturen zum gezielten Mitteleinsatz.

Ziel
Derzeit noch Ziel ist eine Steigerung des Radverkehrs bis 2020 auf 30 Prozent am Modal Split. Im Rahmen der Fortschreibung des 20-Punkte-Programms soll ein neues gemeinsames Ziel für Rad- und Fußverkehr vorgeschlagen werden.

Zielgruppe
Gemeinderat (Haushaltsberatungen, Beschluss)

Auto freie, vorplanbare, bebaute
Fahrradkorridore
als Fahrrad Hauptstraße

Fahrräder und
Fußgänger maximal
20 Sekunde Wartezeit
beim Ampel.

Radverkehr sollte nicht nur
gleichberechtigt sein,
sondern Vorrang beim
Ausbau haben (vs Autos)

Radfahrer sollten
Kreuzungen in
einem Zug überqueren
können (=Ampelphase)

Hausfelder Allee
→ Durchfahrt f. Radfahrer
ähnlich Finken, im Ost-
& für Kfz - Radfahrer-
sicht

Es wird eine Fußgängerzone,
in der in Karlsruhe - jeder
zu jeder Zeit durch Fußgänger
wird
→ mehr PKW
→ keine Ausnahmsentscheidungen

Flächengerechtigkeit
für alle Ver-
kehrsteilnehmenden
im gesamten Stadt-
gebiet

Fahrrad Hauptstrassen
nicht beliebig
erweitern (schließen
(Eckprinzipien, Verkehrs-
markt)

Es braucht eine Achse
für den Radverkehr, um
die Stadt in Ost-West-
Richtung zügig zu queren.
Innenstadtnähe und nicht
an Bahngleisen entlang



ÖPNV und Multimodale Angebote

Netzausbau

Zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs umfassende Abdeckung des Stadtgebietes erforderlich. Element der weiteren Ausbau des Netzes durch Neubaustrecken und Lückenschlüsse. Grundlage für die nächsten Schritte ist der Nahverkehrsplan des KVV. Er enthält streckenbezogene Projekte, die in kurzfristiger (bis 2020) und mittelfristiger Perspektive (2020 - 2025) realisiert werden sollen. Hinzu kommen perspektivische Projekte über 2025 hinaus. Die Konkretisierung und Umsetzung dieser Projekte sind wichtige Bausteine, um die Klimaziele zu erreichen. Erste Vorüberlegung darüber hinausgehendes Potenzial des Netzes bis 2030 haben Verkehrs- und KVV zudem im Rahmen eines Strategiepapiers („Netzkonzeption 2030“) formuliert.

Ziel

- Aktuelles Ziel ist die Steigerung des Anteils des Öffentlichen Verkehrs Split um 4 Prozent bis 2025 gemäß Verkehrsentwicklungsplan

Zielgruppe

Karlsruher Bevölkerung, Umlandbevölkerung (Pendlerinnen und Pendler, Gäste, Touristen)

Kapazitätssteigerung (Takt)

Erster wesentlicher Schritt für eine Kapazitätssteigerung ist die Erhöhung der Taktung. Dies ist eine Voraussetzung für die Vermeidung betrieblicher Instabilitäten und einer Qualitätserhöhung. Ergänzend zu einem weiteren Netzausbau kommen anschließend weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Fahrgastzahlen in Betracht, beispielsweise die Überprüfung, ob auf einer Strecke ein Fünf-Minuten-Takt möglich ist. Die Verkehrsbetriebe werden hierzu perspektivisch ein Konzept vorlegen, das ergänzend zum Linienausbau Vorschläge benennt.

Ziel

- Aktuelles Ziel ist die Steigerung des Anteils des Öffentlichen Verkehrs Split um 4 Prozent bis 2025 gemäß Verkehrsentwicklungsplan

Zielgruppe

Karlsruher Bevölkerung, Umlandbevölkerung (Touristen)

Weiterentwicklung des Tarfsystems

Über die Weiterentwicklung des Tarfsystems und attraktive Tarifanreize generell eine Möglichkeit, den nachhaltigen Umstieg vom MIV auf ÖPNV zu fördern und damit den Umweltverbund zu stärken. Als nächster Schritt Vorbereitung ist das Projekt „Home Zone“, mit dem das Problem der unfair empfundenen Preislogik an den Wabengrenzen behoben werden soll. Das derzeit viel zitierte „Wiener Modell“ mit einer Jahreskarte zum wahren Preis wäre eine Möglichkeit, das System ÖPNV zu stärken. Es kann jedoch nur dann umgesetzt werden, wenn auch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Ein weiterer Ansatz sind Pilotversuche zur kostenfreien Beförderung an ausgewählten Wochenenden (Stadtfest, Adventssamstage).

Ziel

- Aktuelles Ziel ist die Steigerung des Anteils des Öffentlichen Verkehrs am Modal Split um 4 Prozent bis 2025 gemäß Verkehrsentwicklungsplan

Zielgruppe

Neukunden und Bestandskunden des KVV; Gelegenheitsfahrer im ÖPNV sollen zum nachhaltigen Umstieg animiert werden.

regiomove und Integration neuer Mobilitätsdienstleister

Ziel der Maßnahme ist die weitere Steigerung der Attraktivität des ÖPNV durch dessen direkte Vernetzung mit anderen Mobilitätsanbietern, denn eine Strecke intermodal, das heißt mit verschiedenen Verkehrsmitteln zurückzulegen, vereinfacht die Mobilität in der Stadt und vor allem zwischen Stadt und Region. In Karlsruhe läuft noch bis 2020 das Pilotprojekt regiomove. Verschiedene Verkehrsmittel wie Bahn, Bus, Leihfahrrad oder Carsharing werden alle in ein Netz integriert und damit über Verbundgrenzen hinweg verknüpft. Nach der Projektlaufzeit als Test- und Erprobungsphase müssen die begonnen Aktivitäten ausgebaut werden, das schließt die Integration weiterer Mobilitätsdienstleister mit ein.

Ziel

- Aktuelles Ziel ist die Steigerung des Anteils des Öffentlichen Verkehrs am Modal Split um 4 Prozent bis 2025 gemäß Verkehrsentwicklungsplan

Zielgruppe

Mobilitätsanbieter, Kommunen und kommunale Verkehrsunternehmen (auch außerhalb des KVV Gebiets), alle Bürgerinnen und Bürger (Stadtbevölkerung, Pendlerinnen und Pendler), Unternehmen

Busangebot von 5-11
auch Samstags/Sonntags
Bsp. Linie 73
für Menschen ohne Auto

Höhenstadtteile
öffentlich besser
erschließen!

Schnellbuslinien in
die Industriegebiete

Pendlerparkplätze
im 2./3. Ring
außerhalb der Stadt
nicht weit am Rand
des Doppelkreises 100.

Wunsch
Pendelverkehr > 50k
bessere Anschlüsse

ÖPNV sollte auch
unabhängig von
-> zu viele Busse

Elektrifizierung der
Strecke Wilschauerstr.
-> Pläuberger Bahnhof

Anregung
besseres Angebot
-> Ausbau der Infrastruktur
Bsp R-P -> KA

Parkpausgeschehen
deutlich erhöhen
Mit Bahn in die Stadt
muss günstiger sein.

SUV Vorbehalt
in der Innenstadt

Man könnte auch
Fahrerinnen nehmen,
wenn es keine Fahrer
sind

Ringlinien zur
Verbindung des Umlands

Querverbindungen
verbessern -
ÖPNV Ring/City
Ring
Bus/Stadtbahn

IV in der Innenstadt
deutlich einschränken

neues Energie für rück-
gewinnung

bessere Erschließung
in den Bergdörfern

NETZAUSBAU:
VERDOPPELTES
LINIENNETZ

Ausschalten von Beleuchtung
des KVV-Haltestellen
nur durch Bewegungssensoren

Mehr Express-Züge
in der Innenstadt

Wunsch
Dichtere Taktung im
Regionalverkehr

Wunsch
mehr innerstädtische
Express - Verbindungen/Linien

Wunsch
mehr attraktive
Fahrer machen

attraktive Plätze für
Arbeitsplätze für
Fahrgäste für Notfälle
besser

Bessere Arbeits-
bedingungen für KVV-
bedingte (Carsharing)
KA - weniger Ausfälle,
früheres Personal!

Kapazität steigern! Gerne!
Verdopplung nötig!
Gibt aber nur vorläufig,
wenn die Gleise in der
Umgebung bleiben!

1. Schritt 42,5 kosten-
los
2. Sch. 365,- Ticket f.
bzw.
3. kompl. kostenlos
4. Ausbau mehr Züge/Busse
kostenlos

Wunsch
"Flatrate"
Tarife

Wunsch
kostenlos ÖPNV

Wunsch
Mehr Subventionen für
den ÖPNV

Wunsch
mehr Kurzstreckentakte
auch außerhalb von KA
ÖPNV

SENIOREN
KARTE AB
55! :)

Intrakommunaler Austausch:
Bsp. Verkehrsverbund
-> Vorrang (Anzahl) ÖPNV

Bessere Gehälter
für Bus/Bahnfahrer

Stadtbahn ist für
4 Personen günstiger
als ÖPNV
-> Stadt

Kostenlos
ÖPNV für STUDIS,
AZUBIS, SCHÜLER*INNEN

Kapazität
ist bis 2030

Wann macht man nicht
mehr 3 Monate
kostenlos Nutzung? Sondern
ob es der Verkehr aus
der Stadt hilft?

Freie Fahrt für Schul-
kassen bei Lernwegen.
Das jetzige System, dass die
Lehrkraft die Fahrkosten vor-
finanzieren muss, ist extrem
aufwändig auch für Sekretariat
-> soll bearbeitet. Dauert ca 4 Monate

#oepnv4orfreet

Ticket 2Go (eTarif)
wieder einführen

Wien Modell:
365 Tage = 365 €
✓

4-Stunden-Karte
wieder einführen
(statt Tageskarte)

Förderung/ * andere
für mehr Personal

kostenlos ÖPNV
in der Innenstadt

ÖPNV als
billigstes Mobilitäts-
konzept

Wann machen
in die Wabe 100
super!

Autofahren unattraktiver machen
bringt viel mehr, als zu versuchen,
überzeugen Autofahrer den ÖPNV
schwächerhaft zu machen. Solange
Autofahren so bequem bleibt, wird
es immer zu viele Autos in den
Straßen geben.

FAHRRADMITNAHME
IN DER BAHN
DEN GANZEN TAG

Den Verkehrs-
betriebs als
Mobilitätsdienst-
leister ausbauen

ÖPNV und Multimodale Angebote

Konsequente Bevorrechtigung

In Karlsruhe wurde ein Bevorrechtigungsgrad des ÖPNV an Signalanlagen erreicht, der als beispielhaft gilt. Ein wesentlicher Baustein hierbei ist unter anderem die so genannte Vorankündigungssignaltechnik, die den Straßenbahnen rechtzeitig vor dem Erreichen einer Kreuzung signalisiert, ob ohne Halt am Fahrsignal der Knotenpunkt passiert werden kann. Dies sorgt für eine Verringerung der Fahrzeiten und der Abbremsvorgänge. An fast allen Signalanlagen im Stadtgebiet wird eine solche weitreichende Bevorrechtigung des Straßenbahnverkehrs erreicht. Lediglich an einigen wenigen Punkten im Stadtgebiet bestehen noch Probleme, die Quellen von Verspätungen sind und bei denen soweit möglich eine Optimierung vorgenommen werden soll.

Ziele

- Konsequente Bevorrechtigung des ÖPNV,
- Verbesserung kritischer Punkte zur Vermeidung von Verspätungen

Zielgruppe

ÖPNV-Nutzerinnen und -Nutzer (aktuelle und potenzielle)

Klimafreundliche Busflotte

Die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand kommt im Mobilitätsbereich neben dem städtischen Fuhrpark vor allem beim Busverkehr zum Tragen. Die Verkehrsbetriebe Karlsruhe planen die Umstellung der gesamten Busflotte auf Fahrzeuge mit alternativen Antrieben. Auf Grund der relativ kleinen Anzahl von VBK-eigenen Bussen ist eine Umstellung auf verschiedene Antriebssysteme nicht sinnvoll, weshalb sich der Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe für ein Umstellungskonzept auf Elektro-Busse entschieden hat. Die Umstellung wird nach einer Vorlaufzeit von drei Jahren schrittweise erfolgen, dazu muss auch die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden (insbesondere neue Kfz-Werkstatt, Ladeinfrastruktur).

Ziel

- Vollständige Umstellung der VBK-Busflotte auf E-Antrieb bis 2030

Zielgruppe

Nahverkehrskundinnen und -kunden der Verkehrsbetriebe

Bevorrechtigung des ÖPNV
Funktioniert nicht und das
Städten das ist besser
als in Karlsruhe - u.a.
Grund des SBA hier
viel zu oft

Konflikt
Bevorrechtigung des ÖPNV
bremst Radverkehr aus

→ schneller auf
für den Fußverkehr an
den Ampeln in der Gasse
(abschreckendes Beispiel
desch - Durlacher Tor)
+ mehr Straßendruck

Beschleunigung ÖPNV
→ auch Radfahrer -
Innen und Fuß-
Gehende - Wege
beschleunigen

MEHR SCHNELL-
FAHRRADWEGE
- VORFAHRT FÜR
FAHRRÄDER &
FUßGÄNGER

Bsp Haid- und Neustraße
Stadt auswärts
Fahrradweg - Neubau ist super,
aber geht nun zu Lasten
ÖPNV, die jetzt mit im Stau
des Autos steht

Klimaschutz in
den Busunternehmen
für Busunternehmen

Lernen von Freiburg
[Model Spät MIV
in Freiburg 24%
in Karlsruhe 30%]

BUSSE
MIT BIOGAS &
(SIEHE SCANDINAVIEN)
& WASSER STOFF

Trolleybus,
gibt es schon seit
den 60'ern.

Umgebungspläne in
jeder Form / Luftbahn-
Haltestelle sind in
unten Station
abundant

ÖPNV Kapazitäts-
steigerung ist
teuer - viel mehr teurer
als Fahrrad-Infrastruktur
derhalb mehr Busse /
Fahrradwege

Wurde /
Planung ÖPNV zu
Werkzeugen

Reine Abstimmung der Stadt
mit den Anbietern im ÖPNV
aufgabe der Stadt wäre
sinnvoll. Negativ beispiele:
unbeseitigte Haltestellen
mit einem Haltestellenhof, eine
Haltestelle am OB wird
sinnvoll.

Wurde
bessere Platzmöglichkeiten
für Fahrräder
(Stellplätze in der Bahn)

Mehr Platz in den Bahnen,
um Fahrräder (kostenfrei)
mitführen zu können.

Wurde /
Barrierefreiheit an
allen Haltestellen
in KA, vor allem Hf

Geld in besseres
Angebot statt in
Gratis-Fahrten!

SMART
LIGHTING
BEI FAHRRADWEGEN
(IN DER STADT)

Entwicklung von
Park & Ride ist im aller
ersten Schritt
Zurück zum Straßen-
verkehr, zu Fußbrücken
nicht überflüssig zu
suchen (Hof)

Unnötige Beleuchtung
der Kfz-Haltestellen
dauerhaft ausstellen
[Bsp. Elbinger Str. Ost]

Klimaschutz hört nicht an der
Stadtgrenze auf. Die Stadt
muss sich daher um viel mehr
für die Zukunft strecken
als jetzt. Das heißt:



der Verkehrsclub für die Verkehrswende

Klimaschutz braucht Gleise

Ohne eine massive Verlagerung von Gütern und Personenverkehr von der Straße auf die Schiene wird die Verkehrswende nicht gelingen und die Klimakatastrophe nicht aufzuhalten sein. Elektromobilität gelingt am besten auf der Schiene, wo sie seit langem bewährt ist. Die Region bietet die Option für eine Vielzahl von sinnvollen Reaktivierungen und Elektrifizierungen, für die es keine Jahrzehntelange zu planenden Neubaustrecken bedürfte.

Wir brauchen schnellstmöglich:

- * die Elektrifizierung der Strecke von Würth nach Neustadt samt zweitem Gleis bis Winden
- * die Wiederherstellung des zweiten Gleises zwischen Graben-Neudorf und Gernersheim sowie die Reaktivierung von Gernersheim nach Landau
- * die Wiederherstellung des zweiten Gleises von Würth nach Lauterberg samt Elektrifizierung
- * die Reaktivierung der Strecke von Rastatt nach Haguenau
- * die Reaktivierung Ettlingen-West - Ettlingen-Stadt
- * ein drittes und viertes Gleis zwischen Rastatt - Durnsheim - Karlsruhe für den Nahverkehr
- * die Elektrifizierung der Strecke Karlsruhe-Mühlburg - Neureut und ihre Nutzung als Expressverbindung von Neureut zum Karlsruhe Hauptbahnhof
- * Barrierefreiheit für alle bestehenden Gleise, und zwar auch unabhängig von Jahrzehntelange zurückliegenden Bürgerbegehren aus Zeiten, als Escalators noch wichtiger waren als Klimaschutz. Finger weg von den Gleisen in der Karlsruher Kaiserstraße und in der Baumgartenstraße!
- * den Stopp sämtlicher Planfeststellungsverfahren für den Straßenbau
- * die Verlagerung der personellen und finanziellen Mittel für den Straßenbau auf den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur für die Schiene und die Bereitstellung neuer Fahrzeuge. Steuermittel für die Straße sollten nur noch in die Erhaltung des Bestands und die Verbesserung der Situation für den Rad-, Fuß- und Busverkehr fließen.

Park & Ride ist im aller
ersten Schritt
Zurück zum Straßen-
verkehr, zu Fußbrücken
nicht überflüssig zu
suchen (Hof)

Gleise in
Kaiserstr. NICHT
ausbauen
→ Kapazitätsverteilung
uns



Karlsruhe macht



Online-Beteiligung
Klimaschutzkonzept 2030

Karlsruhe

Klimaneutrale Stadtverwaltung

Klimaneutrale Stadtverwaltung 2040

Karlsruhe hat wie zahlreiche andere Kommunen in Baden-Württemberg im Rahmen des Klimaschutzpakts zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbänden die Selbstverpflichtung übernommen, für seinen eigenen Verantwortungsbereich bis 2040 eine „weitgehend klimaneutrale Verwaltung“ zu erreichen. Die wesentlichen Emissionen der Stadtverwaltung sind dem Wärme- und Stromverbrauch der städtischen Liegenschaften, der kommunalen Abwasserbehandlung, der Straßenbeleuchtung und der dienstlichen Mobilität zuzuordnen.

Ziel

- Klimaneutralität bis 2040 gemäß noch festzulegendem Bilanzierungsrahmen

Zielgruppe

Stadtverwaltung mit Dienststellen und Eigenbetrieben sowie ergänzend städtische Gesellschaften (soweit ein Beteiligungsbeschluss vorhanden ist)

Klimaneutrale Stadt-
Verwaltung, vor 2040
— viel schneller!

CO₂-kosten bei
im Haushalt eingerechnet
~ 180 €/t

Beteiligungsprozess
für städtische Dienststellen
+ MitarbeiterInnen

Gelten Ziele
auch für städt.
Gesellschaften
Klinikum, KHK, KVVH...?

Langfristiges Sanierungskonzept für städtische Gebäude

Ziel ist es, die grundhafte und vollständige Beseitigung der in großen Teilen seit Jahrzehnten sich vergrößernden Defizite der kommunalen Gebäudesubstanz mit einer energetischen Sanierung zu verbinden und mit Blick auf die angestrebte Klimaneutralität der Verwaltung eine beschleunigte Umsetzung zu erreichen. Ein Programm „Nachhaltige Modernisierung städtischer Gebäude“ soll dies bis 2040 mit deutlich gesteigerten Investitionen und Personalressourcen sicherstellen. Die unvollständige und partielle (energetische) Sanierung der vergangenen Jahrzehnte soll durch Komplettsanierungen abgelöst werden.

Ziel

- Reduktion der wärme- und stromverbrauchsbezogenen Emissionen auf 5 Prozent im Jahr 2040 bezogen auf Basisdaten in 1990

Zielgruppe

Maßgebliche Teile der Verwaltung sowie städtische Eigenbetriebe. Eine Teilnahme städtischer Gesellschaften wird ebenfalls angestrebt.

Ökologische Bau-
projekte stärken
noch andere Com-
munitäten

Holzbauten
klimafreundlicher

Wie kann die Stadt mit
HKer erreichen, daß es
für die schnellere Sanierung
genug Handwerker gibt?
z.B.

Bürgerfonds zur
Finanzierung Sanierung
städt. Gebäude

Energiecontracting
Bündel-Projekte

Digitale
Verbrauchsüber-
wachung städt.
Liegenschaften - GLT

Durch Sanierung ist
Reduktion des Energie-
verbrauchs um bis
zu 90% möglich

Gezielter Photovoltaik-Ausbau auf städtischen Dachflächen

Bei allen Neubauvorhaben städtischer Gebäude ist die Berücksichtigung und Installation von Photovoltaikanlagen bei weitgehender Ausnutzung der Dachfläche mittlerweile gemäß Energieleitlinie Standard. Im Gebäudebestand gibt es dagegen noch ein erhebliches Potenzial. Nach einer ersten Abschätzung des Amts für Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW) können rund ein Drittel der laut Solarkataster „Sonne trifft Dach“ rechnerisch ermittelten, für eine Photovoltaiknutzung geeigneten Dachflächen mit vertretbarem Aufwand genutzt werden. Dies würde zu einem Zuwachs im Bestand von schätzungsweise 10.000 kWp führen.

Ziele

- PV-Ausbauprogramm in Regie des HGW mit einem laufenden jährlichen Zubau von 500 kWp bis 2040
- Zusätzlicher PV-Ausbau auf Dächern eigentumsverwaltender Dienststellen (zum Beispiel Zoo oder Marktamt) nach erfolgter Potenzialanalyse

Zielgruppe

Gebäudeverwaltende Dienststellen insbesondere Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft sowie ergänzend städtische Gesellschaften

Städtischer Fuhrpark

Derzeit umfasst der Fuhrpark der Stadtverwaltung rund 850 Fahrzeuge, darunter rund 600 Kraftfahrzeuge. Im PKW-Segment konnte bereits ein höherer Anteil an Erdgasfahrzeugen realisiert werden (ca. 60 Fahrzeuge). Zudem erfolgte im bislang noch überschaubaren Rahmen der Einstieg in die Elektromobilität. Für die Zukunft muss der Fuhrpark weiter klimaneutral ausgerichtet werden. Abhängig vom Stand der Technik ist hierzu eine systematische und beschleunigte Umstellung auf nicht-fossile Antriebe, vorrangig Elektrofahrzeuge geplant. Neben der Frage der Fahrzeugbeschaffung sollen zudem Optimierungspotenziale für das Fuhrparkmanagement angegangen werden (unter anderem Fuhrparkreduktion und Auslastungssteigerung, Fahrzeugbuchung und Auswertung Energieverbräuche).

Ziele

- Angestrebt werden sollte eine jährliche Tauschquote von 10 bis 15 % des Bestands, angepasst an die bereits verkürzten Haltezeiten der Fahrzeuge

Zielgruppe

Alle fahrzeugnutzenden städtischen Dienststellen

Lastenrad für A/A
für Laufgegarbeit
+ Straßenmüll
einsammeln

Lastenrad für
Hausmeister
(Vahlgörden)



Klimakommunikation, Beratung und Förderung

Neuausrichtung der energie- und Klimaschutzbezogenen Erstberatung: Beratungszentrum Klimaschutz

Um die Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes breitenwirksam umzusetzen, wird eine Informations- und Anlaufstelle „Klimaschutz“ für Interessenten eingerichtet (Beratungszentrum in der Stadtmitte mit Exponaten und attraktivem Ambiente für Besucher). Dort können sich alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen aus Handwerk und Gewerbe zu klimarelevanten Themen informieren und kompetente Erstberatungen in Anspruch nehmen. Über das Beratungszentrum sind auch die Beratungsöffensiven im Bereich Photovoltaik-Ausbau und Gebäudesanierung angebunden.

Ziele

- 2.000 Beratungen im Jahr
- Unterstützung und Motivation zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen
- Vernetzung und Austausch zwischen lokalen und regionalen Akteuren fördern

Zielgruppe

Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer, Mieterinnen und Mieter, Wohneigentümer-gemeinschaften, Wohnungswirtschaft, Unternehmen

Einbeziehung der
vielen ehrenamt-
lichen Energie-
Initiativen in KA

Förderung von
Zielwäschelern

Engagierte Bürger
als Botschafter/
Ansprechpartner
in den Stadtteilen

Multiplikation
vor Ort!
für persönliche Angebote
zu bereit (-9)

Abstimmung mit HK +
HK, welche neuen Techniken
die Gewerke als Aus- oder
Fortbildung aufgreifen
sollten. 9,2

das finde ich gut!
...naher Kommunikation
ist oft besser!

Weiterentwicklung der kommunalen Förderprogrammatik

Kommunale Förderprogramme stellen ein effektives Instrument dar, um Investitionsanreize für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Idealerweise tragen sie dazu bei, vorhandene Bundes- und Landesfördermittel stärker zu nutzen. Die bestehende kommunale Förderprogrammatik, die sich schwerpunktmäßig auf das Bonusprogramm zur Altbausanierung konzentriert, soll durch eine thematische Ausweitung der Fördertatbestände sowie eine entsprechende Budgetausweitung weiterentwickelt und an die neuen Schwerpunktsetzungen des Klimaschutzkonzeptes angepasst werden.

Ziele

- Erhöhung der Sanierungsquote (Gebäudehülle und Energieträgerwechsel)
- Beitrag zur angestrebten Verdreifachung der Photovoltaik-Leistung auf Dächern bis 2030 als Mindestziel

Zielgruppe

Schwerpunkt: Hauseigentümer von 1- und 2-Familienhäusern
Für Mehrfamilienhäuser: Wohneigentümergeinschaften, Wohnungswirtschaft

Schaffung einer übergreifenden Finanzierungsmöglichkeit (Fondsmodell)

Vorgeschlagen wird die Einrichtung eines neuen Klimaschutzfonds, mit dem bestimmte Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes mit Außenwirkung, aber auch Aktivitäten Dritter unterstützt werden. So könnten aus dem Topf als konkrete Beispiele Energiekonzepte für Baugebiete und neue Energiequartiere oder die Durchführung von Energiekarawanen finanziert werden, ebenso wie die vorgesehene Ausweitung des städtischen Förderprogramms.

Ziel

- Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt

Zielgruppe

In erster Linie Stadtverwaltung selbst sowie die Zielgruppen der jeweiligen (aus dem Fonds finanzierten) Maßnahmen

Fond für OA-
Projekte von
Initiativen

Angebote zur CO₂-Kompensation

Auch wenn CO₂-Emissionen von Haushalten und Unternehmen durch Effizienzmaßnahmen, Energieträgerwechsel und Verhaltensänderungen reduziert werden, bleiben nicht vermeidbare Restemissionen übrig. Diese können über Kompensationsprojekte ausgeglichen werden, indem durch einen festen Betrag pro Tonne CO₂ ausgewählte Klimaschutzprojekte an anderer Stelle mitermöglicht werden, die ohne finanzielle Unterstützung sonst nicht zustande kämen. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen deshalb verstärkt Hilfestellung zum Thema Kompensation und zum Karlsruher Klimafonds in Form von Informationen, Beratung und Unterstützungsangeboten erhalten.

Ziele

- Steigerung der Kompensationsmenge über den Karlsruher Klimafonds auf 5.000 Tonnen (Ziel für 2021)

Zielgruppe

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Organisationen, städtische Gesellschaften

CO₂-Senke
Bäume, Bäume, ...
pflanzen in der
Stadt und stadtnah



Klimakommunikation, Beratung und Förderung

Öffentlichkeitsarbeit in einzelnen Handlungsfeldern

Dieses und das folgende Maßnahmenblatt zur Öffentlichkeitsarbeit/Klimaschutzkampagne befinden sich noch in Ausarbeitung und liegen noch nicht vor. Beide Maßnahmen hängen miteinander zusammen, inhaltliche Kurzbeschreibung siehe im folgenden Blatt „Neuausrichtung der Klimaschutzkampagne Karlsruhe“

VORGABEN FÜR KLIMA-
NEUTRALE VERANSTALTUNGEN
AUF KOMMUNALER EBENE
AUCH FÜR EXTERNE

Kalender für die grüne Stadt
in Anlehnung an
von grünen Verbänden
Nachwuchsorganisationen
mit Vorreiter
→ grüne Kalender
Webseite
unter
grüne Projekte
(Create Local.com)

Klimaschutz
emotionaler mit
Geschichten etc.
kommunizieren

Schulen bauen
Nahrungsmittel an
+ gemeinsames Kochen

Menschen müssen mit-
genommen werden. Daher
ÖA extra einbringen
ÖA als eigenes Handlungsfeld
oder besser
ÖA als Querschnitt zu allen
Handlungsfeldern!



Neuausrichtung der Klimaschutzkampagne Karlsruhe

Die Klimakampagne „Karlsruhe macht Klima“ ist seit 2009 die übergeordnete Kommunikationsplattform für den Klimaschutz in Karlsruhe. Unter dem Motto „Ich mach Klima!“ bietet sie ergänzende Mitmachangebote an die Bevölkerung zu Themen des praktischen Klimaschutzes im Alltag. Die Neuausrichtung soll eine verbesserte Bündelung der städtischen Aktivitäten mit gemeinsamer Fokussierung auf lokale Handlungsoptionen mit möglichst großem Klimaeffekt ermöglichen.

Ziele

- Klare und durchgängige Kommunikationsstrategie für einen gesamtstädtisch abgestimmten Kampagnenansatz sowie inhaltliche Weiterentwicklung (Markenarchitektur, klare Botschaft, breiter aufgestellt)
- Effektive und kontinuierlich wahrnehmbare Kampagnenarbeit durch Einbezug möglichst vieler städtischer Akteure in einem Netzwerk zur Entwicklung und Umsetzung innovativer und kreativer Ideen.
- Zielgruppenspezifische Fokussierungen der Inhalte werden innerhalb des Akteursnetzwerkes gezielt thematisch zugeordnet und berücksichtigt.

Zielgruppe

Alle Aktiven im Themenfeld Klimaschutz sowie die allgemeine Öffentlichkeit

Wohnungsbau-
genossenschaften mit
einbeziehen

Neubürger-
kampagne
z.B. Gutscheinheft?

Lebensradtour durch
alle Stadtteile zur
Bewerbung des Klima-
schutzkonzepts

Klimaschutzkampagne
auch für Stadtküche
mit
Mitbestimmung
- Schülerzeitung Beteiligung

Einbezug wissenschaftlicher
Experten
Bsp. KIT, Institut
für Future etc.

Green Friday
- 30% Konsum

Ich mach Klima!
auf Kampagne für
ALLE AKTIVEN

Zentrale Stelle
für Sammlung von
Vorstellungen
zu Energie + Klima

Plakate um
weitere Zielgruppen
zu erreichen

Kampagne wie
Verbund (kontinuierlich
über das ganze Jahr/
länger Zeitraum)

Kommunale Zusammenarbeit ausbauen (regional, national, international)

Die kommunale Zusammenarbeit mit Klimaschutzakteuren auf unterschiedlichen Ebenen wird ausgebaut und verstetigt: regional, national und international.

Ziele

- Stärkere Vernetzung mit Kommunen, die ebenfalls engagiert im Klimaschutz arbeiten
- Ausnutzung von Synergieeffekten für lokale Projekte

Zielgruppe

Andere Kommunen und Institutionen

Zu EB: Komm. Zentrale
im Städte Tag vernetzen
- LOR
- BGR 534
Klimafremdlich ändern

Kommunale Energie-
effizienz-Netzwerke
gefördert durch PtJ/BNU
mit ca. 50%

30% Strom aus PV im
Sommer soll genutzt werden!

Wettstreit mit
vergleichbaren
Städten um schnellste
Reduktion
→ Ansporn, Wir-Gefühl

Klimaschutzpakt mit Karlsruher Hochschulen

Sowohl die Stadt Karlsruhe als auch die Landesregierung streben bis 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung als Ziel an. Ergänzend laufen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und in der Hochschule Karlsruhe Wirtschaft und Technik (HsKA) Bestrebungen, eigene Initiativen zu starten. Es bietet sich an, sich hinsichtlich der gemeinsamen Zielsetzung zusammenzuschließen, sich bei der Umsetzung gegenseitig zu unterstützen und gegenseitige Lerneffekte zu nutzen. Dies kann öffentlichkeitswirksam in Form einer gemeinsamen Erklärung oder eines „Klimaschutzpakts“ erfolgen.

Ziele

- Unterstützung bei der Zielverfolgung der Klimaneutralität bei Stadtverwaltung und Hochschulen

Zielgruppe

Stadtverwaltung und lokale wissenschaftliche Institutionen

BürgerInnen in
Klimaschutzprojekte
einbeziehen
z.B. Temperatur-Datensammlung
mit Messstation → HsKA
Stadt



Konsum – Beschaffung und städtische Verpflegungsangebote

Klimafreundliche Mittagsverpflegung in kommunalen Mensen und Kantinen

Eine fleischarme Ernährung senkt den CO₂-Fußabdruck erheblich. Um das nachhaltige Nutzerverhalten in Verwaltung sowie städtischen Schulen, Kitas und Horten zu stärken, wird die Mittagsverpflegung in Mensen und Kantinen nach dem Motto „Mehr Bio, mehr regional, mehr saisonal: mehr Klimaschutz“ weiterentwickelt.

Ziele

- Steigerung des Bio-Anteils auf 30 Prozent als nächster Schritt
- Täglich vegetarische Menülinien und wahlweise Möglichkeit rein vegetarischer Tage auf Wunsch der Mensa/Kantine
- Stärkung der lokalen Caterer
- Berücksichtigung des CO₂-Fußabdrucks
- Minimierung von Essensabfällen und Verpackungsabfällen

Zielgruppe

Städtische Kantinen und Essensausgaben (Verwaltung, Schulen und Kitas) bzw. Schülerinnen und Schüler, Beschäftigte der Stadtverwaltung
Nebenzielgruppe: Eltern, Öffentlichkeit



Klimafreundliche Beschaffung – Fokus Green IT

sich noch in Ausarbeitung

Gemeinwohl-Bilanzen bei der Vergabe berücksichtigen

Inklusive Betriebe bei Beschaffungen bevorzugen

CO₂-Fußabdruck bei Gerichten angeben → Lenkungs- und Wirkung

Beratungen zu gesunder vegetarischer/veganer Ernährung

CO₂-Fußabdruck konsequent in Beschaffung berücksichtigen

Benötigt: CO₂ Rechner für Kommunen und deren Beschaffungen

CO₂-Fußabdruck von Entscheidungen dann extrem anders + standardmäßig vorzuziehen

SUBVENTIONIERUNG VON INSEKTEN ALS NÄHRUNGSMITTEL

Kooperationen Schulen-Solawi's i. d. L. Kinder gehen mit auf den Acker

Vor- und Nachbereitung der Slow-Mobil-Einsätze an Schulen möglich machen (Finanzierung erforderlich!)

Schulung Cater mit veg. Essensalternativen → Verteilung + alle einladen

gute + Ernst-Reuter: Salatteller im Plastikverpackt. Bitte ändern

vegane Angebote

Schüler*in, die sich vegetarisches Essen mitbringen, darf nicht in Mensa sitzen

Abwägung Preis zu Qualität: Stärkere Gewichtung der Qualität !!

Unterjähriges Controlling der angegebenen Qualität vor Ort!

Haram werden immer billiger Anbieter genommen und nicht regionale?

Vergabericht muss dringend verändert werden.

Qualifiziert für Mitarbeitende zu Küche... nur bei guter Bezahlung

Bessere Rationierung für "Kundenteller"

auch veganes Angebot bei der Auswahl des Schulessens! + glutenfrei

Nachhaltige Produkte beziehen: bio, regional, fair – alle 3 Kriterien berücksichtigen

Benutzung kleinerer Geschäfte bevorzugt, der Möglichkeiten von Einsatz von Mehrwegverpackung → Bienenbrot

SMV der Schulen: vegetarisches / veganes Essen einfordern!

Schüler müssen an ihrer Schule mitgenommen werden: z.B. alternatives Angebot

Schülerkioske (Gru) ermöglichen

keine Quersubvention von Fleischgerichten durch vegetarische Gerichte

Wiecker mehr vor Ort in Kitas + Schule lokalen regionale Produkte

Schulung: Elm. Distr.

qualitäts-gleich - wichtige vegane/vegetar. Angebote (nicht: Salatteller, Hehlspieß-)

vegane regionale saisonale Ernährung ermöglichen

Essensangebot: 3-5 Tage vegetarisch 2 Tage vegan

Schulen von Experten (Klimaschutz) beraten + begeistern

kein abgefülltes Wasser anbieten, sondern offenes Karlsruher Wasser (Schulen, Veranstaltungen...)

keine Plastikflaschen bei städtischen Veranstaltungen

flächendeckende Schulgärten einrichten (Beziehung zu Lebensmitteln)

Kioske in die Qualitätskriterien einbeziehen.

Lebensmittelverschwendung begegnen (Einzelhandel, Privatpersonen)

Foodsharing - Verteiler im Rathaus → Vorbild!

CO₂-Fußabdruck von Gerichten in Kantinen explizit ausweisen → besserer Bewusstsein

ÖA am Schul: Nachhaltige Ernährung / Klimaf. Ernährungsguide

Carbonisierungsanlagen für mehr Sprudelwasser Zapfsäulen in öffentlichen Räumen – auch Gas (Klimaschutz) nicht unterstützen bzw.

Freier Ideenpool für weitere Themen

Bildung

Bildung Nachhaltige
Entwicklung:
außerbetriebliche Bildungs-
angebote fördern

Klimaschutz im
Unterricht an allen
Schulen

Schwerpunktthema
Nachhaltige
Konsum & durch
B-Stammatische
fördern

Kooperation mit KIT
Campus Süd
Stadt/Land/KIT
zu Maßnahmen KSK

Austauschplattformen
für Bürger (Stamitz)
- Wissen zu verbreiten
- Ideen zu teilen
- Engagement zu fördern

Klimafreundliche
Beschaffung an allen
Schulen, z.B.
Recyclingpapier

Kleingärten in der Stadt
= wichtige Bildungs-
einrichtung

Bürgerbeteiligung

Bürgerportal zeitlich
nicht beschränken,
dauerhafte Ideen / Beiträge
sammeln

festpräzisiert im KSK:
Monitoring der
Maßnahmen u. d.
Reduktion.
Möglichkeiten zur
Nachjustierung

(Anf.)
Die Aktivitäten müssen finanziell
geprüft werden, wo es schon
Erfahrungen gibt, ob man
Personal-Ressourcen oder Events
zusammenlegen kann

Aktivier auf die
Menschen
zugelen!
→ Multiplikatoren
unter Bürgern ausbauen

"Paten" / "Botschafter"
aus Bürgerschaft für
Nachbarnpakete
Netzwerk aufbauen
→ s. Konzept

Den Bürgern
etwas mehr
Sondern / mitteilen

Anregen und
Freiräume für
kulturellen (Klima)
Wandel
schaffen

Freiheiten
(des privaten
im öff. Raum)
aufzeigen statt
Verbote befehlen

Thema
Klimawandel
Positiv kommunizieren
→ Spaßfaktor
erst

Mehr Experimente
brauchen!

Menschen in der Stadt
noch viel besser mit-
nehmen!
Mehr Dezentralisierung
der Konzepte!

Regelmäßig jährlich
Möbilitätsstag
veranstalten

Chancengleichheit

Auch gering Verdienenden
ermöglichen beim
Klimaschutz mit-
zuwirken!
(Mehr Karten tragen)

Leihladen in
zentraler Lage
(analog Stadtbücherei)

Stadtbücherei
am Sonntag +
Samstag Nachmittag
öffnen

Landwirtschaft / Forst

Zugang zu klima-
neutraler Ernährung
(Landwirtschaft Kampagne)

Priorisierung von
klimafreundlicher
Bestellung der städt.
Ackerflächen bei Vergabe

Förderung (auch finanziell)
von Projekten der Solidarischen
Landwirtschaft (z.B. KAnte)
→ Wirspern auch für die
Stadt Emmissionen zu

Solawi
Förderung!

Totholz ausgebaut
zum Humusaufbau
(Waldstadt - Waldsterben)

Netto-Markt
Kleidenverbrauch
muss kommen!

Humusaufbau zur
CO₂-Senke
Bodenkunde ist Klima-
science

Förderung
Holzban

Nicht weiter auf Freiwilligkeit &
Boni setzen. Dafür ist es
schon lange zu spät. Ohne
Verbote ist die geplante Reduk-
tion von CO₂ nie zu schaffen!



Freier Ideenpool für weitere Themen

Investitionen

BETON DER IN
KA VERBAUT
WIRD IN STADT-
BILANZ AUFNEHMEN

Regionale Klimaf-
konzepte

Schicht Vorwissen zu
nachhaltigen Invest +
Feldanlage

Bürgerenergiegenossen-
schaften für
Pflanzensaat /
Schulen

Kläranlage zur
Wärmeversorgung
nutzen

Beteiligung an
Flughafen Baden-Baden
→ aufgeben!

~~Klein~~ Hinwirken* auf
Einstellung des Flugverkehrs
am Baden-Airport.
Keine finanzielle Beteiligung.
*im Rahmen der Beteiligung

ein Standort
für das Forum
Recht im BGH-Park
ist unverfügbbar

Mehrweg / Müll

Umgang mit Plastik / Müll
z.B. während öffentlicher
Veranstaltungen.
Generell: Konzepte um Müll
zu reduzieren

Müllvermeidung
bei Veranstaltungen
(Plastikbecher zum
Verpackungspest?
Schlosslichtspiele)

nur Mehrweg
bei öffentlichen
Veranstaltungen

"Plastikvermeidung" (Fliesen,
Bioschüssel etc.) statt Dienst-
stellen z.B. an Bürgervereine
überprüfen! (Wir haben schon
darauf hingewiesen, dass er
nicht auslegen können ☺)

Nur noch
Mehrwegflaschen
im öff. Markt
Verkauf + bei öffentlichen
Festern

Alle Getränke
in Glasflaschen!

Pfandsystem
Mehrweg
drastisch erhöhen
Unverpackt fördern!

Kosten für
Restmülltonne
erhöhen

Kein Einweg-Pfand-
flaschen bei öffentlichen
Veranstaltungen, z.B.
Klimaforum?

Getränkeboxen
Pfand teuer

Baustoffrecycling

Bio-Müll aufstellen
wenn man schon
Apfel verteilt.

keine Plastiktüten
mehr im
Gewerbe /
Einzelhandel
(Shopping - Strafe)

Weniger Kontrast-
mittel im Krankenhaus
→ Krantenreinigung
Grundwasser !!

Weniger Müll bei
Verpackungen im
Krankenhaus +
Arztpraxen

Zum Klimaforum:

Die Klimavorträge d. Experten
(2022) ab pdf zusammen-
fassen und online stellen!
Ziel: Nicht den Wiederholung

alle Poster
online
verfügbar
machen!



